

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

254 (31.10.1930)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Belegpreis 30 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichtenthaltung des Anzeigenplatzes, bei gerätlicher Bezahlung und bei Kontant zahlung 10% Ermäßigung. Bei Anzeigen im Ausland nach Vereinbarung. Die Redaktion ist für die Anzeigen nicht verantwortlich.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufstufende / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,70 Mark o. Durch die Post 2,80 Mark o. Einzelhefte 15 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Konten: Durlach, Hauptstraße 9, D. Baden, Jagdstraße 12; Kehl, Rheinstraße 2; Offenburg, Republikstraße 1

Nummer 254

Karlsruhe, Freitag, den 31. Oktober 1930

50. Jahrgang

Internationale und Weltkrise Die Wirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems

Die im Verlauf der Kölner Beratungen in einer gemeinsamen Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiterinternationale ausgearbeitete Entschließung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat folgenden Wortlaut:

Die Wirtschaftskrise, die in fast allen Ländern mit ungeheurer Macht wüthet, hat mehr als 12 Millionen Arbeiter in Europa und in den Vereinigten Staaten Amerikas, sowie weitere Millionen in den anderen Weltteilen zur Arbeitslosigkeit verurteilt. Sie bedroht die Lebensgrundlage der gesamten Arbeiterschaft in einem früher nicht gekannten Maße. Der Rückgang des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das periodisch neue Krisen erregt, die geringe Stabilität des Friedens, der Vorstoß des Faschismus und andere politische Strömungen sind die Hauptursachen des gegenwärtigen Notstandes der arbeitenden Massen. Die herrschenden Klassen tun nicht nur nichts, um die Krisenfolgen für die Arbeiterschaft zu lindern, sondern tragen durch eine tolle Politik der Schamlosigkeit, durch ökonomischen Nationalismus und zahlreiche andere Maßnahmen noch zur Verschärfung der Notlage bei. Die Unternehmerrasse verachtet die hohen Löhne als die Ursache der Krise auszuweichen. Die Tatsachen widerlegen offen diese Behauptung.

Am Ende der letzten Jahre ist der Lohnanteil an den Produktionskosten gefallen, während gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen fast eine Verdoppelung erfahren hat. Zuvörderst haben die Unternehmer eine Herabsetzung der Löhne und der Arbeitslosenunterstützung vor, ohne sich um das menschliche Elend zu kümmern, das auf diese Weise für die Arbeiterklasse entstehen würde. Gegen diese Angriffe des Unternehmertums muß die Arbeiterschaft in allen Ländern, die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien den Abwehrkampf mit allen Mitteln führen. Mit der Ab-

wehr gegen die Sozialreaktion müssen sie ihren Kampf um die Verjüngung der Krisenopfer und um die Verminderung der Arbeitslosigkeit verbinden. Hier liegen die dringlichsten Gegenwartsaufgaben im Rahmen des großen Kampfes der Arbeiterklasse zur Überwindung des Kapitalismus und zur Verwirklichung des Sozialismus. IGB und S.A. gemeinsam rufen die Arbeiter in allen Ländern auf, die folgenden Forderungen mit Einigkeit und Energie zu vertreten, um den Druck der Krise zu überwinden und die Leiden ihrer Opfer zu mildern:

1. Abwehr jeder Senkung des Reallohnes, da durch Verminderung der Massenaufkraft die Zahl der Arbeitslosen weiter wachsen müßte.
2. Erhöhung der Massenaufkraft und dadurch Verminderung der Arbeitslosigkeit durch Bekämpfung der Maßnahmen kapitalistischer Wirtschaftsverbände, die die Anpassung der Preise von Fertigungsgütern an die gesunkenen Rohstoffpreise verhindern. Kampf gegen die künstliche Hochhaltung der Kleinhandelspreise gegenüber den gesunkenen Großhandelspreisen.
3. Einführung, Erhaltung und Ausbau einer hinreichenden Sicherung der Lebensmöglichkeiten der Arbeitslosen.
4. Gerechtere Verteilung der Arbeitsgelegenheit während der Krise durch Verkürzung der Arbeitszeit. Zum Ausgleich der veränderten Anspannung der Arbeitskraft in der rationalisierten Wirtschaft ist die dauernde gezielte Verkürzung der Arbeitszeit international anzustreben.
5. Um die politischen Quellen der Krise zu verstopfen, muß es, alle Kräfte für die Sicherung des Friedens unter den Völkern zu mobilisieren durch die internationale Abrüstung, durch die allgemeine Streichung der Kriegsschulden, durch die Bekämpfung des Faschismus und der Diktatur, in welcher Form sie immer auftreten mag, durch die Sicherung der Demokratie, die die Grundlagen jeder sozialen und freizeithilflichen Politik sind.

Metallkampf beendet

Die Urabstimmung der Berliner Metallarbeiter

Berlin, 30. Okt. (Eig. Drabt.) Die Urabstimmung der streikenden Metallarbeiter im Berliner Metallarbeiterkonflikt hatte folgendes Ergebnis:

An der Abstimmung beteiligten sich 73 278. Für Fortführung des Streiks stimmten 32 847, und für Annahme der Vereinbarung zwischen den Metallindustriellen und den Gewerkschaften stimmten 40 431. An der Abstimmung haben sich 62 165 nicht beteiligt. Damit ist der Streik beendet und die Wiederaufnahme der Arbeit näher.

Die Berliner Metallarbeiter haben sich also von den Kommunisten nicht aufs Glatteis locken lassen. Sie haben realpolitisch der Situation Rechnung getragen und sich absetzt, der von den Gewerkschaften erkämpfte bisherige Erfolg im Abwehrkampf gegen einen untragbaren Schiedsspruch ist besser als Illusionen und Versprechungen unverantwortlicher kommunistischer Kräfte. Die Mehrheit der Metallarbeiter hat sich für die Fortführung des Streiks, d. h. also bestimmt nicht für Weiterführung des Streiks, sondern für Annahme der Vereinbarung, wenn diese nicht nur ein Plus von 10 000, sondern sogar eine überwältigende

Mehrheit von über 100 000 gegen die Durchführung der kommunistischen Parole festzustellen.

Der Ausgang der Urabstimmung zeigt, daß der Deutsche Metallarbeiterverband trotz der enormen Schwierigkeiten, mit denen er seit Jahr und Tag in Berlin organisatorisch zu kämpfen hat, doch fester dasteht, als manche Leute nicht nur bei den Kommunisten, sondern auch im bürgerlichen Lager vermuten.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat in Berlin — das war schon seit längerer Zeit zu beobachten, zweifellos an innerer Festigkeit und Ansehenskraft gewonnen. Der eiserne Wille der Führung, die sich trotz gemeinlicher kommunistischer Beschimpfung nicht von dem von ihr als richtig erkannten Weg abbringen ließ, hat sich behauptet, und er wird, dessen sind wir sicher, der freiliegenden Metallarbeiterbewegung in Berlin einen neuen mächtigen Auftrieb sichern.

Der Verband wird das durch die Abstimmung ihm von der Metallarbeiterschaft bezeugte Vertrauen in der Fortführung des Kampfes um eine erträgliche Gestaltung der Löhne rechtfertigen. Er steht auf der Wacht.

Wirths Rückzug

Das Reich und Nazi-Braunschweig — Was spielt hinter den Kulissen?

Der Reichsminister des Innern hat dieser Tage an die braunschweigische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Hinweis auf die Verfehlungen des braunschweigischen Nazi-Ministers Dr. Franzen die Sperrung der vom Reich zu leistenden Zuschüsse für die Braunschweiger Polizei in Aussicht stellt. Dieses Schreiben ist am Montag in Berlin abgegangen und am Dienstag in den Besitz der braunschweigischen Staatsregierung gelangt. Wenig später hat der Reichsminister des Innern es für notwendig gehalten, sein Schreiben zu interpretieren, und zwar in dem Sinne, daß er sich mit ihm „den Weg zum Reichsministerium offen halten wollen.“

Eine merkwürdige Interpretation, merkwürdig umso mehr, als aus dem Munde des Reichsministers Dr. Wirth kommt. Freilich muß sich in der Zeit zwischen der Ankunft des Briefes in Braunschweig und der Abgabe der merkwürdigen Erklärung hinter den Kulissen des Reichsministeriums abgespielt haben. Aber was? Das Reichsministerium selbst hat sich mit der Sache noch nicht befaßt, es kann deshalb auch keine Rede davon sein, daß Dr. Wirth von ihm „angegeiffen“ worden ist, wie ein Teil der Rechtspreffe argu-

mentiert. Außerdem sind die Polizeizuschüsse für Braunschweig tatsächlich gesperrt worden. Andererseits kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Interpretation des Briefes an die braunschweigische Regierung, wie sie Dr. Wirth kundgetan hat, einen Rückzug bedeutet, der die anfängliche Initiative des Reichsinnenministers für den braunschweigischen Nazi-Minister in der Öffentlichkeit in einem eigenartigen Licht erscheinen läßt. Es waren Widerstände aus dem Kabinett heraus, Widerstände, an denen neben den rechts gerichteten Herren in der Regierung auch der Reichskanzler nicht unbeteiligt gewesen sein soll, die Dr. Wirth den Rückzug zutragen erschienen ließen. Aus allem geht hervor, daß die Maßnahmen des Reichsministers gegen den braunschweigischen Staat das Kabinett beschäftigten werden.

Das Organ des Bundesdeutschen Ordens teilt mit, daß der parlamentarische Abgeordnete des braunschweigischen Landtages Schröder, für den Wirths Antrag gegen den Nazi-Minister Franzen „überhaupt erst dann stimmen werde“, wenn eine reifliche gerichtliche Klärung der Franzen vorgeworfenen Verfehlungen erfolgt ist.

Aus dem Reichstage

Diätenregelung und Platzverteilung

Berlin, 30. Okt. (Eig. Drabt.) Der Vorkomiteeausschuß des Reichstags setzte am Donnerstag in Bezug auf die Regelung der Diäten einen Unterausschuß ein, der ein neues Diätengesetz möglichst im Einvernehmen mit dem preussischen Landtage ausarbeiten will. In dem Gesetz soll die Relation der Diäten zu den Ministergehältern aufgehoben und eine Kürzung der Diäten, wie sie schon provisorisch beschlossen worden ist, endgültig festgestellt werden. Strittig bleibt die Frage, ob eine Anrechnung von Beamtengehältern auf die Diäten oder ein Unterschied zwischen den in Berlin und außerhalb wohnenden Abgeordneten oder eine Berücksichtigung der Privateinkommen überhaupt in Betracht gezogen werden soll.

Bei Besprechung der Platzverteilung im Sitzungssaal auf die einzelnen Parteien ergab sich wieder, wie schon früher, eine Differenz zwischen der nationalsozialistischen Partei und der Deutschnationalen Volkspartei. Die Deutschnationalen verlangten mit der Begründung, daß sie die am meisten rechts gerichtete Partei seien, die Plätze im äußersten Block der Rechten. Die Nationalsozialisten wollten dies nicht zugestehen und erklärten, daß sie die radikalere oder extremere Parteirichtung seien. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, bleibt es bei der bisherigen Verteilung. Nur erhalten die sechs Abgeordneten der nationalsozialistischen Reichspartei (Bund) auf ihren Wunsch die Plätze zwischen der Deutschen Volkspartei und dem christlich-sozialen Volksdienst zugewiesen, während sie bisher ihre Plätze bei der deutschen Staatspartei hatten.

Ferner regten die Kommunisten und die Nationalsozialisten aufs Neue die frühere Einberufung des Reichstags an. Die Mehrheit des Vorkomitees stellte sich aber auf den Standpunkt, daß der bisherige Beschluß (Wiederauflösung am 3. Dezember) rechtskräftig gefaßt sei und nicht geändert werden soll. In der Erörterung darüber wurde auch über die Auslegung des Art. 24 der Reichsverfassung (Zusammentritt des Reichstags auf Verlangen eines Drittels der Mitglieder) gesprochen. Es wurde der einstimmigen Meinung der Verfassungsjuristen zugestimmt, daß dieser Artikel sich nur auf die Fälle von Tagungsabschnitten des Reichstags beziehe, die aber in den letzten Jahren nicht mehr praktisch geworden sind, da der Reichstag präventiv ist und Sessionsabschnitte nicht mehr kennt.

Der Geschäftsordnungsausschuß wurde um eine Durchsicht der Geschäftsordnung ersucht, durch welche die Institution des Alterspräsidenten, die praktisch bei namentlichen Abstimmungen und bei Bestimmungen über Mißtrauensanträge, sowie anderer strittiger Fragen einer Klärung zugeführt werden soll.

Der Antrag, Tonfilme im Reichstag aufzunehmen, findet keine Sympathie. Dagegen sollen mit dem Rundfunk nochmals Verhandlungen darüber geführt werden, ob sich eine teilweise Übertragung der Reichstagsitzungen im Rundfunk ermöglichen läßt.

Eine politische Mordorganisation

Paris, 30. Okt. (Eig. Drabt.) Ein geheimnisvolles Attentat auf einen Italiener namens Carri hat die Pariser Polizei auf die Spur einer antisozialistischen-kommunistischen Anarchisten-Organisation gebracht, die in Sartrouville in der Nähe von Versailles in einer idyllischen Villa ihr Lager aufgeschlagen hatte. Polizisten fanden vor zwei Tagen in Sartrouville einen bewußtlosen Mann mit einem Kopfschuß. Nachforschungen ergaben, daß der Verwundete aus einer nahegelegenen Villa entflohen und einige Straßen weiter zusammengebrochen war. Die bezeichnete Villa fand die Polizei verlassen vor. In einem Zimmer lag auf einem Stuhl ein Revolver, die Möbel waren umgeworfen und große Blutlachen bewiesen, daß hier ein schwerer Kampf stattgefunden haben mußte. Die furchtbarste Entdeckung aber wurde in dem Keller des Hauses gemacht. Dort war ein Grab bereitet. Daneben standen 6 Säcke Zement, mit denen die Leiche verdeckt werden sollte.

Die Hausführung in der Villa hat etwa 200 Kilo Propagandamaterial und Korrespondenzen, darunter eine Anzahl kommunistischer Lehrbücher, wie „Der rote Parteikämpfer“, „Der Klassenkampf“, Lehren des Bürgerkrieges usw. zutage gefördert. Auch eine Anzahl von Pässen und Identitätspapieren wurde vorgefunden. Die Polizei hofft auf Grund dieser Unterlagen der Verbrecher von Sartrouville habhaft zu werden. Der Italiener Carri befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Will Belgien auch aufrüsten?

Die Gerüchte, nach denen die belgische Regierung die Absicht hat, vom belgischen Parlament 2 Milliarden Francs für Verteidigungszwecke über das normale Kriegsbudget hinaus zu fordern, verdichten sich immer mehr. Der Betrag soll auf dem Anleiheweg beschafft und zur Modernisierung der Festungen von Lüttich und Namur und der Anlegung von Befestigungswerken in der Provinz Limburg sowie zur Beschaffung von Kriegsmaterial verwendet werden.

Im Verlauf der letzten Woche sollen mehrfache Besprechungen zwischen Vertretern der französischen und der belgischen Generalstabschefs stattgefunden haben, wobei die Franzosen dringend die Beschleunigung des Ausbaues der Befestigungswerke an der belgischen Ostgrenze erwünscht haben sollen. Dieser Druck scheint auf die belgische Regierung nicht ohne Wirkung geblieben zu sein.

Die Aussicht, in einem Augenblick schwerer Finanznot und beginnender Wirtschaftskrise ungeheure Summen für Kriegszwecke auszugeben, ist nicht geeignet, die ohnehin schon ziemlich gespannte innerpolitische Lage in Belgien zu erleichtern. Noch bestehen ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen den liberalen und katholischen Verbänden innerhalb der Regierungskoalition über die Sprachfrage und die geplanten Zollreformen. In den letzten Tagen wird sogar immer mehr von der Möglichkeit einer baldigen Regierungskrise gesprochen. Insbesondere der demokratische Flügel der katholischen Partei wird kaum sein schon alljährliches Schuldkonto durch Bewilligung neuer großer Kriegsausgaben weiter belasten wollen. In Anbetracht dieser Situation sieht man in Regierungskreisen der für den 11. November anberaumten Wiederöffnung des Parlaments nicht ohne ernste Sorgen entgegen.

Hochwasser - Erdbeben

Enormer Schaden in Schlesien / Erdbeben in Italien / Bisher 22 Tote

Berlin, 30. Okt. (Eia. Meld.) Das Hochwasser in Oberschlesien hat sich noch mehr ausgedehnt. Katibor ist jetzt völlig eingeschlossen und ruht auf einem langgestreckten See wie eine Insel hervor. Alle Straßen zur Stadt sind unpassierbar. Die niedriger gelegenen Felder sind drei bis vier Meter hoch überschwemmt. Von den Bäumen sieht man nur noch die Kronen. Heute melden Kreuzenort und Annaberg neues Steigen der Fluten. Die Katiborer Zuckerrüben haben schweren Schaden erlitten. Aus Kreuzenort und Katibor werden schwere Schäden gemeldet. Die Kolonie Wellendorf, sowie die Ortschaften Schidowitz, Leng und Samade sind schwerer denn je bedroht. Dort ist das Wasser in alle Häuser eingedrungen. Die Einwohner mühen auf Räbden gerettet werden. Das Hochwasser hat inzwischen auch den Kreis Cosel erreicht. Zahlreiche Gemeinden sind bereits überschwemmt. Auch die Klodnitz ist ausgetreten, und zwar nordwestlich von Gierwitz. Dort ist das Wasser an einigen Stellen der Stadt bereits in die Häuser eingedrungen. Ganz ähnliche Meldungen kommen aus Laband, Luaghammer und Tost. Auch in Oberschlesien führen alle Flüsse Hochwasser. Besonders empfindlich sind dort die Zinkhütten in Mitleidenschaft gezogen worden. Es ist überall ein trostloses, grauenhaftes Bild.

Hochwasserkatastrophe in Smyrna

Smyrna, 30. Okt. Infolge der Regenmassen, die seit gestern niedergegangen sind, hat sich die Lage im Ueberflutungsgebiet verschlimmert. 2500 Familien sind obdachlos. Sie wurden vorläufig in Katakomben, Schulen und Wirtshäusern untergebracht. Bis jetzt wurden 184 Leichen geborgen. Der Schaden beläuft sich auf zwei Millionen Pfund Sterling.

Erdbeben in Italien

Rom, 30. Okt. Nach Mitteilung der Erdbebenmarie in Rom dürfte sich das Epizentrum des heute vormittag verzeichneten Bebens 300 Kilometer von Rom entfernt im Adriatischen Meer, auf der Höhe von Senigallia, befinden. Der Erdstoß wurde außer in Ancona hauptsächlich in Faenza, Ravenna, Ferrara, Fabriano und Grottamare verspürt.

Rom, 30. Okt. (11 Uhr abends.) Aus den heute abend eingegangenen Berichten über das heutige Erdbeben geht hervor, daß in Senigallia 10 Todesopfer zu beklagen sind, während in früheren Meldungen von 20 Toten gesprochen wurde; die Zahl der Verletzten beträgt 275, darunter 83 Schwerverletzte. In Ancona sind 3 Tote und 54 Verletzte festzustellen. In mehreren Ortschaften der Provinz haben zahlreiche Häuser Risse erhalten, ohne daß Personen dabei zu Schaden gekommen wären. In 58 Gemeinden der Provinz Fiesole sind bisher 24 Verletzte gezählt worden. In sämtlichen von dem Erdbeben heimgesuchten Ortschaften schreiten die Rettungsarbeiten schnell voran.

Prälat Dr. Schofer †

Witz, Freiburg i. Br., 31. Okt. Wie die Freiburger Tagespost meldet, ist in der Nacht zum Freitag halb 12 Uhr der Führer der badischen Zentrumspartei, Prälat Dr. Schofer, an einem Herzschlag gestorben.

Was leider seit längerer Zeit zu befürchten stand, ist in der vergangenen Nacht eingetreten: Prälat Dr. Schofer, der Führer der badischen Zentrumspartei, weilt nicht mehr unter den Lebenden. Herr Dr. Schofer war schon seit Jahren kranklich und wiederholt kämpfte er mochenlang ernst und hart mit dem Tode. Der ungünstige körperliche Gesundheitszustand zwang ihn auch in den letzten Jahren, sich in der parlamentarischen und politischen Tätigkeit große Zurückhaltung aufzulegen. Aber wie es halt bei einer Kämpfernatur ist und immer sein wird, der Verstorbenen griff immer wieder in den politischen Kampf ein, trotzdem ihm bekannt war, wie lebensgefährlich das für ihn ist. Nun hat ein Herzschlag ein gemein arbeitsreiches Leben beendet.

In Dr. Schofer verliert die Zentrumspartei nicht nur den verdienten und in der ganzen Partei außerordentlich verehrten Parteichef, sie verliert in ihm auch einen Politiker und Führer von solchem Rang, wie er so leicht nicht zu ersetzen sein wird. Herr Dr. Schofer war wirklich ein Politiker mit weitem staatsmännischem Blick, der nicht nur mit einer hohen Auffassung von der Pflichtenfüllung verbunden war, sondern auch von ritterlichem Geiste und Handeln im politischen Kampf getragen. Wer in der politischen Tätigkeit mit dem Verstorbenen in nähere Berührung gekommen ist und ihn kennen lernte, brachte ihm als Mensch und Politiker große Achtung entgegen.

Prälat Dr. Schofer hat sich aber nicht nur um die Zentrumspartei große Verdienste erworben, sondern auch um die innerpolitische Entwicklung im Lande Baden seit der Staatsumwälzung im Jahre 1918. Schofer hat nie geleugnet, daß ihm der Uebergang von der Monarchie zur Republik zunächst außerordentlich schwer gefallen ist; er war überzeugter Monarchist und der Gedanke, daß das Reich und das Land Baden nunmehr republikanische Staatsgebilde sein sollen, kam ihm schwer an. Er kämpfte sich aber durch. Und wir alle, die diesen Mann in seiner politischen Tätigkeit näher zu beobachten die Lage waren, die auch oft mit ihm verhandelt und politische Fragen und Probleme eingehend mit ihm durchsprachen mußten, wir wissen, daß er es mit der Demokratie und mit der Republik so ernst nahm, wie einst mit dem Ueberzeugung für die Monarchie. Es hat nach der Staatsumwälzung in Baden ja wiederholt nicht an sehr ernsten innerpolitischen Krisen gefehlt und so manche Situation trat ein, die eine ruhige innerpolitische Entwicklung in Baden zu gefährden drohte. Hier hat das Wirken und die Tatkraft dieses Mannes, der über den Tag und wenn es um Land und Volk ging, auch über den Parteitag hinauszuweisen vermochte, wertvolle Dienste geleistet. Daß in Baden seit dem Jahre 1918 bis zur Stunde auf innerpolitischem Gebiete eine der Ruhe und Sicherheit dienende politische Linie innegehalten worden ist, ist dem Verstorbenen zu danken.

Wir badischen Sozialdemokraten haben mit Dr. Schofer während seines politischen Wirkens manchen scharfen Streit ausgefochten, ebenso er mit uns. Wir brauchen nur an die Zeit des Großblods in Baden zu erinnern, während der Prälat Dr. Schofer den „Radmichel“ herausgab. Glaube der badische wichtige Interessen der katholischen Kirche irgendwie einträchtig oder gar gefährdet, war sein Kampf von rühmlichen Scharfe. Und auch seit der Staatsumwälzung hat er in diesem Gebiete mit ihm manche ernste Auseinandersetzung gegeben. Aber er war ehrlich genug, in einer Rede im badischen Landtag zuzugestehen, daß die katholische Kirche unter dem neuen Staatsform sich freier zu entwickeln vermöge und geschwächerter ihre Rechte wahrnehmen könne, als es unter der Monarchie der Fall war. Wir glauben auch zu wissen, daß wenn ja Wahrheiten manche Zentrumsbüchler aus wohlgeleiteten Gründen es allzu toll trieben mit der angelegentlich Gefährdung der Religion und der Kirche durch die Sozialdemokratie, der Verstorbenen gelegentlich auch mahnend eingegriffen hat.

Betrachten wir in dieser Stunde, wo loben Dr. Schofer Augen für immer geschlossen hat, seine gesamte politische Tätigkeit, so gedenken auch wir anerkennend und mit großer Achtung seiner Persönlichkeit. Und belangen heute, wo im politischen Kampfe leider zum Schaden der gesamten Badischen nicht nur die Ritterlichkeit dem Gegner gegenüber in rapidem Schwinden begriffen ist, sondern auch die parlamentarische Kultur, haben auch wir Sozialdemokraten allen Anlaß, den Tod dieses Mannes aufrichtig zu beklagen. Die Ehre auch dem politischen Gegner, wenn er wie Dr. Schofer, in langem und hartem politischen Kampfe sich erworben und verdient hat.

„Justizskandal“

Vom Justizministerium wird der Karlsruhe Zeitung gelehrt. Der Führer veröffentlicht in seinen Nummern 52 und 53 unter Ueberschrift: „Zinsfuchschaff“ einen Artikel, in welchem er sich einen Zinswucherprozeß an den Mannheimer Gerichten auswirft. Ihm wird der schwere Vorwurf erhoben, die gerichtliche Würdigung des Falles sei ein Justizskandal, und dem darselbstigen Justizminister wird der nicht minder schwere Vorwurf gemacht, daß er „nicht für nötig befunden habe, gegen die internationale Finanzwirtschaft vorzugehen“.

Mit dieser Angelegenheit hat sich der genannte Minister dem gar nicht mehr beschäftigen können, weil die betreffenden Parteien bei seinem Amtsantritt bereits im Lauf waren; dies gilt auch das Verfahren gegen die Danabank wegen Wuchers, das auf die Ordnung des Generalstaatsanwalts bereits eingeleitet worden heute noch anhängig ist; daß die Staatsanwaltschaft das Verfahren ausgesetzt hat bis zur Erledigung eines über die gleiche Finanzwirtschaftigen Zivilprozesses, ist durchaus sachgemäß und gelegentlich aber eine Strafanzeige von den ordentlichen Gerichten bezogen Behandlung genommen — das traf für das Verfahren gegen die Danabank und Heißler schon beim Amtsantritt des Ministers aussteht nach dem Gelehen dem Minister ein Recht nicht zu, in einem Verfahren irgendwie einzugreifen.

Wegen dieser und einiger anderer in dem Artikel enthaltenen Vorwürfe ist Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.

Der Beton-Harnisch Frankreichs

Die 300 Kilometer lange Postenkette um Frankreichs Nord- und Ostgrenze

Frankreich baut unter Aufwendung ungeheurer finanzieller Mittel an seiner Grenze gegen Deutschland und Italien ein Verteidigungssystem auf, von dem die französische Presse behauptet, es sei das größte Verteidigungssystem der Weltgeschichte. Auf Anregung und mit Zustimmung des französischen Generalstabs hat ein Redakteur des Matin, Stephane Lauzanne, dieses ganze Verteidigungssystem eingehend studiert und in seinem Blatte darüber berichtet. Während sonst die Militärs mit einem oft kindisch anmutenden Argwohn jede Veröffentlichung über militärische Angelegenheiten betrachten und sehr schnell bei der Hand sind, den Staatsanwalt wegen angeblichen Landesverrats mobil zu machen, scheint in diesem Falle der französische Generalstab es direkt gewillt zu haben, daß dieses Verteidigungssystem näher bekannt und besprochen wird. Unser Straßburger Parteiorgan Freie Presse schreibt u. a. darüber:

„Das neue System besteht darin, längs der Grenze eine ununterbrochene Kette, gewissermaßen das Gerippe zu den morgigen Schützengräben zu schaffen. Diese 300 Kilometer lange Kette setzt sich aus kleinen, mittleren und großen Kettenringen zusammen. Die kleinen Ringe sind Maschinengewehr-Kasematten, die in Abständen von einem Kilometer die ganze Front entlang laufen, und für eine Gruppe von nicht mehr als zwöf Mann bestimmt sind. Diese zum größten Teil unterirdischen Schilderbüschchen bestehen aus einem riesigen mit Betonplatten ausgelegten Betonblock; trotzdem sie nur 10 auf 12 Meter im Quadrat messen, ist alles in ihnen vorgesehen: Latrinen, Wasserleitung, elektrisches Licht, Telefon, Feldbetten usw. Zwischen diese Betonblockerbüschchen schieben sich in regelmäßigen Abständen größere Anlagen, die bereits über einanderliegende Kasematten, zahlreiche Maschinengewehre und leichte Artillerie aufweisen und die zur direkten Bedienung dieser unterirdischen Betonblöcke dienen. Und schließlich werden ebenso regelmäßig in noch weiteren Abständen, immer natürlich auf der gleichen Linie, ganz schwere Befestigungswerke angelegt, die mit ihren Kasematten, unterirdischen Verbindungswegen und einem unangehörigen Verteidigungsmaterial, das bis zur schwersten Artillerie geht, die Gesamtbedeutung zu übernehmen haben. Im Gegensatz zum aktiven Verteidigungssystem befindet sich das heutige nie mehr als 12 bis 15 Kilometer von der Grenze entfernt; längs der 172 Kilometer langen Rheinangrenzlinie läuft es direkt am Flußufer entlang...“

Die Arbeit, die gegenwärtig an dieser 300-Kilometer-Linie verrichtet wird und die bis zum nächsten Frühjahr in der Hauptsache unter Dach und Fach und bis in drei Jahren vollkommen beendet sein soll, ist natürlich eine ungeheure... Diese Befestigungsanlagen werden zum Teil, wie dies in der Nähe des Rheins der Fall sein soll, in Sämpfe verankert, zum anderen Teil, wie in den Alpen, wie Schwalbennester an Felshängen von über 1000 Meter Höhe eingemauert. Die größten Schwierigkeiten scheinen sich aber gerade dort zu bieten, wo die Natur selbst einen Schutzwall errichtet: in den Alpen. Von den zehn Projekten, welche dieser Kienwall von der Schweiz bis zum Mittelmeer aufweist, war ein halbes Dutzend leicht in Verteidigungszustand zu setzen; man begnügte sich einfach damit, auf diesen Felsstraten, unter ihre Brücken und wichtigsten

Kurden Sprengstellen zu bauen, um das ganze im gegebenen Augenblick in die Luft fliegen zu lassen und somit diese Uebergangswege zu sperren. Auf vier direkten Zugängen nach Nice erscheint die Arbeit, die geleistet werden muß, eine geradezu übermenschliche zu sein. Ganze Täler wurden hier in eine einzige Felsung verwandelt. Wo das Maultier nicht mehr zur Lastenbeförderung benötigt werden konnte, mußte das Militär als Lastentier herhalten. Diese ganzen südlichen Befestigungsbauten werden im übrigen ausschließlich von Militärs herbeigeführt. Für die kleinsten Befestigungsbauten waren dort 20 Tonnen Material nötig, die zum größten Teil auf Menschenrücken herbeigetragen werden mußten. Und auf dieser riesigen Baufront sind nicht weniger als 10 000 Arbeiter beschäftigt. Achtzig Prozent davon sind Ausländer: Tschechoslowaken vor allen Dingen, Polen, Italiener, Serben, Griechen, Araber, Russen und Portugiesen; Deutsche wurden auf allerhöchsten Befehl Weingassens ausgeschlossen. Der Durchschnittslohn: 3,00—3,75 Franken pro Stunde!

Und alles ist vorgeesehen, nichts außer acht gelassen, behauptet der Frontinspektor Lausanne, „Soan“ (!) für den Gestrich und die Luftangriffe. 400 Millionen Franken wurden allein vorgeesehen für halbmobile und mobile Flugabwehr-Batterien; in sämtlichen Kasematten sind Hochdruck- und Lüftungsvorrichtungen zur Luftreinigung eingebaut. Bis auf das Linieloch ist also alles auf den nächsten Westen vorbereitet. — — — wenn er sich so abspielen wird, wie dies der hohe Generalstab mit seinem gewohnten Weltbild heute auf dem Papier errechnet...“

Beton- und Stahlplattenhändler kennen gegenwärtig die Tardieu-Fabrik, welche die übrigen 40 Millionen Durchschnitstransport nirgends im Land zu erbeden vermögen. Es werden Militärs gegenwärtig in französischen Boden verankert, um dort zu verbleiben und zu verrotten. Auf höchstes Kommando jener, die in ihrer Presse den Kriegspolit-Geiz durchzuführen lassen und in den Verwaltungsräten der Rüstungsindustrie die Gewinne berechnen die ein solcher Pressefeldzug einbringen. Es ist dies die einzige Aktivseite dieses ungeheuren Werkes, an dem zehntausend Menschen, die der Produktion entgegen sind während einigen Tagen arbeiten müssen. Ein Bruchteil dieser Anstrengungen auf das diplomatische Gebiet übertragen, hätte genügt, die Sicherheit, die trotz aller dieser im Boden verankerten Beton-Kreuzer eine sehr problematische ist, zu einer wirklichen werden zu lassen.

Stephane Lauzanne ließ zum Schluß seiner Kritikerie militärische Fachmänner aufmarschieren, die rundweg behaupteten, daß diese Frankreich unangeborene Kienfestung mit ihrem komplizierten Maschinensystem nie „gebrauchsfähig“ sei, wenn das nötige technische Personal zu ihrer Bedienung vorhanden ist. „Die Verteidigungsanstalt des französischen Bodens“, lautet der Schlusssatz des letzten Artikels Laumannes, „diese Kette, in die wir heute schon 400 Millionen einwerfen, wird nur halten, wenn die Wände von Berufsschmiede ausgefüllt wird“. Das ist deutlich. Das ist, und nun geschickt auf das neue Grenzverteidigungssystem, die gleiche Forderung, welche das gleiche Blatt vor Wochen, damals auf v. Seede's „Entbillungen“ gestützt, erhob: Schaffung einer Berufsarmee in Frankreich.“

17 Tote an jedem Arbeitstag

Die Katastrophen am Niederrhein und an der Saar haben das eine Gute: Sie haben die Menschen etwas nachdenklich über die „Opfer der Arbeit“ gemacht. Man überlegt sich in dieser Zeit, in der eine Katastrophe die andere jagt, wer denn nun eigentlich all diese Opfer zu tragen hat und meint etwas rebaniert: der arbeitende Mensch.

Man rechnet sogar: Tausend Menschen finden im Durchschnitt jährlich allein im preußischen Bergbau den Tod! Ganz abgesehen von den Gruben in Frankreich, in England, in USA.

Die gesamte deutsche Wirtschaft verschlingt Jahr für Jahr 4500 bis 5000 Menschen als „Opfer der Arbeit“, die von der Lokomotive erlegt werden, vom Gerüst herunterstürzen, in den Docks und großen Häfen oder auf hoher See ertrinken, von giftigen Gasen getroffen werden — alles als „Zugabe“ an den färschlichen Lohn!

Wenn man weiter rechnet, sind das 17 Tote täglich im deutschen Produktionsprozeß! Wenn man das auf die

ganze Welt überträgt, sind es vielleicht 100 Tote der Arbeit an jedem Tag!

Alle vierzehn Tage könnten wir eine Totenfeier wie die von Andor übergeben, wenn wir überhaupt daran dächten, daß wieder einmal 200 Menschen von der Arbeitsstätte hinweg in den schwarzen Todesnacht gefahren sind.

17 Tote pro Tag!

Wer denkt daran? Der Generaldirektor stellt diesen „Maßstab“ als eine natürliche Folge des Arbeitsprozesses in Rechnung. Die Kommune und der Staat betrachten sie als eine unabänderliche Selbstverständlichkeit und diejenigen, die in einer gehobenen Gesellschaftsstellung solche Sorgen nicht nötig haben, suchen mit der Arbeit: Das ist nun einmal das Schicksal des Arbeiters! Das ist nicht zu vermeiden! Das ist nun einmal so!

17 Tote pro Tag! Das soll die Wahrung jedes arbeitenden Menschen sein — im Büro, im Amtssimmer und im Betrieb!

17 Tote pro Tag — das gibt das Recht auf menschenwürdige Ernährung und Kleidung!

17 Tote pro Tag — das ist eine Forderung an die große Rechnung, die eines Tages der Sozialismus begleicht! H. Sch.

Glossen

Die Hitlermarke

Die nationalsozialistischen Organisationen vertreiben die Hitlermarke. Sie zeigt auf der Vorderseite den Kopf Hitlers mit der Umschrift „Adolf Hitler, der Retter aus der Not“ und auf der Rückseite das Hakenkreuz. Sie hat ungefähr die Größe eines Markstücks und besteht aus Aluminium. 10.000 Stück davon kann man für 150 Mark beziehen. Sie gleicht durchaus jenen Aluminiummünzen aus der Inflationzeit, die auf 200, 500 und 1000 Mark lauteten.

Da haben wir die Währung des dritten Reiches. Das ist so stark an die traurigsten Notzeiten erinnert, ist nicht ohne tieferen Sinn! Wer es mit Hitler und den Seinen hält, der wirft für die Wiederkehr der herrlichen Aluminiumgelbzeiten.

Eine Hundertmillionenlüge

Das Blatt Eugenbergs in Stuttgart hat das Patentrecht für die Wiederbelebung der Wirtschaft gefunden. Es schreibt:

„Schon die einfache Bestimmung, daß Rubenshalter an Parteibuchbeamte, wie überhaupt an Beamte, die nicht aus dem Berufsbeamtentum hervorgegangen sind, nicht mehr gezahlt werden dürfen, würde dem deutschen Volk von heute auf morgen ein paar hundert Millionen ersparen.“

Parteibuchbeamte sind in den Augen dieses Blattes sozialdemokratische Beamte. Es will den Eindruck erwecken, als ob es in Deutschland ein paar hunderttausend Sozialdemokraten gäbe, die von öffentlichen Pensionen leben! Das ist eine so kraße Lüge, daß dem Fabrikanten weder Gutslaubigkeit oder auch nur Fabrikfähigkeit susachtanden werden kann. Das ist die Agitation, mit der die Masse der Indifferenten in den Stall der Hakenkreuzler getrieben worden ist!

Sozialdemokrat Eugenberg

Dem Dutzend Leute, die sich um Westarp und Trebitanus gruppieren, ist die Auseinandersetzung zwischen Brüning und Oldenburg-Januschewicz sehr unangenehm gewesen. Es wundert sie, daß der Reichsminister unter dem Beifall der Sozialdemokraten gegen die Einstellung von Oldenburg-Januschewicz und dem deutschnationalen Abgeordneten Schmidt-Hannover zur Wehrmacht polemisiert hat. Sie möchten dies Verhältnis gerne umdrehen. Die Politische Wochenchrift, eines ihrer Organe, ist auf einen genialen Dreh verfallen. Es erklärt einfach: „Dr. Brüning gehört zu rechts genau wie Eugenberg und Schmidt-Hannover nach ihrer ganzen Einstellung zur Sozialdemokratie gehören.“ Sozialdemokrat Eugenberg, das ist wirklich die genialste Erfindung, die in dieser von Sinn und politischer Drehkraft geschnittenen Zeit gemacht worden ist!

Der Schwurzeuge des Stahlhelm

Der Hitler hat seinen Helden. Der Stahlhelm hat einen Kellner. Dieser Kellner, den er in Deutschland herumreisen läßt, um gegen den Jung-Plan zu sprechen und die Arbeit des Stahlhelms zu loben. Dieser Schwurzeuge heißt: **Wivan Stranders**. Während des Krieges diente er in der britischen Fliegertruppe, bis 1921 war er bei der Interalliierten Luftfahrt-Kontrollkommission beschäftigt, 1926 wurde er in Paris gefänglich eingezogen und wegen Spionage zu einer des deutschen Geheimdienstes zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Dieser dunkle Ehrenmann ist nun der Schwurzeuge des Stahlhelm!

Soll die Schulzeit verlängert werden?

Der Vorschlag Brenhens, auch durch Verlängerung der Schulzeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes beizutragen, wird in der Öffentlichkeit eifrig bestritten. Sehr stark werden dabei die finanziellen Bedenken, die gegen eine Verlängerung der Schulzeit sprechen, in den Vordergrund gerückt. Vor allem wird darauf hingewiesen, daß ein Berufsjahr verhältnismäßig viel Kosten, durch die Bereitstellung von Schulräumen, Werkstätten und Lehrkräften verursachen würde. Es ist deshalb auch der Vorschlag aufgetaucht, lieber ein weiteres Volksschuljahr einzuführen, denn hierfür seien keine wesentlichen Mehraufwendungen notwendig. In der Kreise des Zentrums wird dieser Vorschlag auch mit konfessionellen Argumenten unterstützt. Die Zentrumsblätter betonen, daß einem Berufsschuljahr deshalb schwere konfessionelle Bedenken entgegenstehen, weil es sich in der geplanten Form ausschließlich um nichts anderes als um einen neuen simultanen Schultyp handele. Die Zentrumsblätter empfehlen an die Zentrumsfraktion des Landtages, der Einführung eines 9. Schuljahres nur dann ihre Zustimmung zu geben, wenn dieses Schuljahr an die Volksschule geleitet und damit der konfessionelle Charakter der Neuerung gesichert werde.

Aus den Kreisen der Schulärzte kommt der Vorschlag, die Schulzeit auf die Zeit vom 7. bis zum 15. Jahr zu verlegen, d. h. ein Jahr später eintreten zu lassen. Man könne auf diese Weise Nachteile die mit dem Schulbesuch verbundenen gesundheitlichen Nachteile noch ein Jahr fernhalten; unterdessen werde der Körper des Kindes kräftiger und widerstandsfähiger.

Die mit der Verlängerung der Schulzeit verbundene Belastung des Eltern wird in der Presse ebenfalls nachdrücklich hervorgehoben. Man betont, der Schüler, der ein Jahr länger die Schule besuchen muß, erleide natürlich größere Kosten als der 14jährige Lehrling. Schon aus diesem Grunde dürfe eine Verlängerung der Schulzeit nicht als vorübergehende Notmaßnahme in Betracht kommen. Vielmehr erhebe sich aber der ganze Plan schon dadurch von selbst, daß jetzt bereits die schwächeren Kriegsjahrgänge auf den Arbeitsmarkt kommen.

Das sind reichlich viel Bedenken. Trotzdem ist nach unserem Dafürhalten nichts Durchschlagendes gegen die Forderung, den Arbeitsmarkt auch durch Verlängerung der Schulzeit zu entlasten, ausgesprochen worden. Ausschlaggebend ist der arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkt. Die finanziellen Bedenken müssen selbstverständlich mit einer Verlängerung der Volksschule zu tun haben, dann muß eine genaue Prüfung der Sachlage erfolgen. Hier muß erst das Urteil der Eltern, vor allem die Hinterreihen, für den Verbleibensfall sein, vernehmlich gemacht werden. Dafür sind die Gewerkschaften von vornherein einzutreten. Entscheidend ist jedoch, daß weitestgehend am dem Punkt der Schulzeitverlängerung der Hebel zur Arbeitsmarktentlastung erfolgreich angelegt werden kann. Also muß er angelegt werden.

Papst kehrt zurück

Wien, 30. Okt. (Via Draht.) Die christlich-sozialen und die Heimwehrblätter melden übereinstimmend, daß Papst Pius XI. bereits die Erlaubnis zur Rückkehr nach Österreich erhalten habe. Wann er das Ministerium Starbembergs erlärte, sei noch unbekannt. Inzwischen läßt sich erwarten, daß Papst Pius XI. demnächst zurückkehren werde.

Schlagwetterexplosion in Belgien

Charleroi, 30. Okt. Auf der Zeche „Fortie Taille“ in Montignies-lez-Lille hat sich eine Schlagwetterexplosion ereignet. Fünf Bergarbeiter wurden vermisst.

Charleroi, 30. Okt. Bei dem bereits gemeldeten Unglück in der Zeche „Fortie Taille“ in Montignies-lez-Lille hat es sich nicht um eine Schlagwetterexplosion gehandelt, sondern um eine Schwefelkohlenstoffexplosion. Die fünf vermissten Bergleute — drei Italiener, ein Pole und ein Belgier — haben sämtlich durch Ersticken das Leben eingebüßt. Ihre Leichen trugen keine Brandwunden. Zwei Mitglieder der Rettungsmannschaft waren nahe am Ersticken.



In dem vielfältigen Bild unserer Werkanlagen ragen die Packungstürme wie Wolkenkratzer in einer modernen Stadt auf. In ihnen werden die mit der Banderole versehenen Packungen maschinell aufgeschichtet, um dann von flinken Mädchenhänden in luft- und wasserdichtem Papier zu 1/2 Mille-Paketen versandfertig eingeschlagen zu werden. Wohlbehütet kann so die Reise beginnen die Kurmark-Cigarette, ständig macedonisch.



Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Öffentliche Wählerveranstaltungen zu den Gemeindevahlen finden statt:

Samstag, den 1. November:

K. Minheim: Abends 8 Uhr, in der „Friedrichskrone“. Thema: Fünf Tage Reichstag. Referent: Reichstagsabg. Gen. Dr. Kemmle (Karlsruhe).
Kehl-Sundheim: Abends 8 Uhr, im „Grünen Wald“. Referenten: Stadtrat Gen. Baumgartner und Gen. Kaiser.

Sonntag, den 2. November:

Nordrach A. Offenburg: vorm. 11 Uhr im Gasthaus „Zur Stube“. Referenten: Stadtrat Gen. Winter (Offenburg) und Gen. Bed Nordrach.
Baden-West: Abends 8 Uhr, im „Rhein Hof“. Referenten: Stadträte Gen. Weber und Döbele (B.-Baden).
Baden-West: Abends 8 Uhr, im „Württembergischer Hof“. Referenten: Stadtrat Gen. Schmelenbacher und Stadto. Gen. Schneider (B.-Baden).
Hork A. Bruchsal: Mittags 3 Uhr, im „Ritter“. Referent: Stadto. Gen. Koch (Karlsruhe).
Sauesbergstein A. Rastatt: Mittags 3 Uhr, in der „Traube“. Referent: Gen. Drollinger (Karlsruhe).
Reichenbach A. Ettli: Mittags 3 Uhr, in der „Krone“. Referent: Gen. Hänle (Ehrenhof).
Egenstein: Mittags 2 Uhr, in der Festhalle Arbeitslosenvermittlung. Referent: Gen. Daffner (Karlsruhe).
Neudorf: Mittags 3 Uhr im „Lamm“. Referent: Gen. Gebel (Gröben).

Montag, den 3. November:

Wirsheim: Abends 8 Uhr, im „Bürgerbräu“. Referenten: Stadtrat Gen. Gebel (Karlsruhe) und Gen. Ruf (Wirsheim).

Freitag, den 7. November:

Wirsheim-Dillstein: Abends 8 Uhr, in der „Koff“. Referenten: Gen. Böhringer (Karlsruhe) und Gen. Dr. Geiger (Wirsheim).
Baden-Mittstadt: Abends 8 Uhr, im „Erbringen“. Referenten: Gen. Stadtrat Schmelenbacher und Stadto. Gen. Schneider (B.-Baden).
Durlach: Abends 8 Uhr, in der „Blume“. Referenten: Reichstagsabgeordneter Gen. Stefan Meier (Freiburg) und Landtagsabg. Genossin Hiller (Weilbrunn).
Offenburg: Abends 8 Uhr, in der „Nischelballe“. Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Dietrich (Weimar).
Samstag, den 8. November:

Baden-Nichtental: Abends 8 Uhr, im „Deutschen Kaiser“. Referenten: Stadtrat Gen. Döbele und Stadto. Gen. Osterlob (B.-Baden).
Baden-Mallschbach: Abends 8 Uhr, im „Grünen Wald“. Referent: Stadtrat Gen. Schmelenbacher (B.-Baden).
Baden-Mittstadt: Abends 8 Uhr, in der „Schönen Aussicht“. Referenten: Stadto. Gen. Sommer und Himmel (B.-Baden).
Baden-Mittstadt: Abends 8 Uhr, im „Schloßhof“. Referenten: Stadto. Gen. Diener und Schneider (B.-Baden).
Baden-West: Abends 8 Uhr, im „Friedberger Hof“. Referenten: Stadtrat Gen. Weber und Gen. Dr. Weismann (B.-Baden).
Niederbühl A. Rastatt: Abends 8 Uhr, im „Girig“. Referent: Gen. Schmitt (Niederbühl).
Speisberg: Abends 8 Uhr, im „Krause“. Referent: Gen. Hänle (Ehrenhof).
Wirsheim: Abends 8 Uhr, im „Volkshaus“. Referent: Bürgermeister Gen. Jädl (Gröben).
Karlsbad A. Rastatt: Abends 8 Uhr, im „Girig“. Referent: Gemeinderat Gen. Mayer (Gröben).
Wirsheim: Abends 8 Uhr, in der „Krone“. Referent: Gen. Erb (Karlsruhe).
Eutingen A. Wirsheim: Abends 8 Uhr, Referent: Stadtrat Gen. Graf (Wirsheim).

Sonntag, den 9. November:

B.-Baden: Mittags 1/4 Uhr in der „Brauerei Bleher“ Frauenversammlung. Referentinnen: Landtagsabg. Genossin Hiller (Weilbrunn) und Stadto. Genossin Sommer (B.-Baden).
B.-Dossenheim: Mittags 3 Uhr, im „Meierhof“. Referenten: Stadto. Gen. Schneider und Brauch (B.-Baden).
B.-Doss: Abends 8 Uhr, im „Schweizerhof“. Referent: Stadtrat Gen. Rapp (B.-Baden).
Appenweier A. Offenburg: Mittags 1/2 Uhr in der „Brauerei Scheer“. Referent: Bürgermeister Gen. Sängler (Leutesheim).
Salsfeld A. Bretten: Mittags 1/4 Uhr, im Rathausaal. Referent: Gen. Warrer Rappes (Karlsruhe).
Gernsbach: Abends 8 Uhr, im „Bad Hof“. Referent: Stadtrat Gen. Eugen Wed (Karlsruhe).
Sausenberg A. Rastatt: Mittags 3 Uhr im „Grünen Baum“. Referent: Bürgermeister Gen. Jädl (Gröben).
Wirsheim A. Bretten: Mittags 3 Uhr, im „Löwen“. Referent: Stadto. Gen. Sigmund (Karlsruhe).
Neudorf A. Rastatt: Mittags 3 Uhr, Referent: Gemeinderat Gen. Balz (Kuppenheim).
Gröben: Mittags 2 Uhr, in der „Krone“. Referent: Landtagsabg. Gen. Kutz (Gröben).
Sonnau Amt Kehl: Mittags 3 Uhr, in der „Krone“. Referenten: Kreisrat Gen. Läubin (Offenburg) und Gen. Schmidt (Sonnau).
Wilsdingen A. Wirsheim: Abends 8 Uhr, in der „Krone“. Referent: Gen. Heppeler (Karlsruhe).
Oppenau A. Oberkirch: Mittags 1/4 Uhr, im „Lor“. Referent: Stadtrat Gen. Geiler (Freiburg).
Wobersweiler Amt Kehl: Abends 8 Uhr, im „Grünen Wald“. Referent: Bürgermeister Gen. Sängler (Leutesheim).
Genossinnen und Genossen allerorts! Beste Vorbereitung vorstehender Veranstaltungen und Werbung für Massenbesuch ist selbstverständliche Pflicht. Das Parteisekretariat.

Flugblattverbreitung

Am Samstag und Sonntag, den 1. und 2. November, und in der darauffolgenden Woche! Genossinnen und Genossen! Arbeiterjünger, Arbeiterportier, insbesondere auch Arbeiterjugend, beteiligt euch bis zum letzten Mann an der Flugblattverbreitung! Meldet euch bei den Ortsvereinsvorsitzenden, in den Städten bei den Bezirksobleuten!

Auskünfte der Redaktion

6. S. 34. 1. Wir kennen die Bestimmungen der betreffenden Klasse nicht, um eine richtige Antwort geben zu können. Wenden Sie sich doch an die Volksfürsorge, Schützenstraße 16. — 2. Die Sache müssen wir von sachverständiger Seite prüfen lassen. Sobald das Ergebnis da ist, werden wir Ihnen Kenntnis davon geben.

3. Die Bestimmung bezieht sich nur auf solche Arbeitslose, die nach dem 3. November das Höchstmaß an Unterstützung beziehen. Eine rückwirkende Kraft hat die Bestimmung nicht, sobald Sie also leibhaftig nicht davon betroffen werden.

Die schlesische Wasserkatastrophe

Der Norden von Liegnitz eine ungeheure Wassermüde — Unterbrochene Eisenbahnlagen — Die Feuerwehr im Liegnitzer Hauptbahnhof — Vierzehn Dörfer völlig abgeschnitten — Land ohne Licht — Gefährdete Lebensmittelversorgung

Breslau, 30. Okt. (Eia. Drahtber.) Die Hochwasserkatastrophe, von der Schlesien betroffen ist, hat einen ungeheuren Schaden verursacht, den in Zahlen hier auszudrücken vorläufig überhaupt noch nicht möglich ist. Es ist zu befürchten, daß der Dauerregen, unter dem das Land förmlich ertrinkt, auch noch einige Tage anhalten wird.

Die Kaybach ist bis Mittwoch mittags allerdings um 1 Meter gefallen. In der Nacht zum Mittwoch hörte auch das Ueberlaufen der vollgefüllten Stauden im Kaufung und in Bremberg auf. Über der Hochwasserstand in der Liegnitzer Gegend wird in den nächsten Tagen noch unverändert anhalten, da das Wasser überaus langsam abfließt. Das Schwarzwasser im Norden von Liegnitz ist die ganze Nacht zum Mittwoch hindurch weiter gestiegen und hat Teile der Nordabd. von Liegnitz unter Wasser gesetzt. Der Stand ist mit 1,54 Meter der höchste bisher beobachtete Hochwasserstand. Der Norden von Liegnitz ist bis in die umliegenden Dörfer eine ungeheure Wassermüde. Die Eisenbahnlinie Liegnitz—Glogau ist bei dem Dorfe Rüstern unterbrochen; der Verkehr wird durch Umleitungen aufrechterhalten.

Große Wassermengen drangen am Mittwoch in der vierten Morgenstunde auch in den Liegnitzer Hauptbahnhof ein. Hier mußten mittels Motorpumpen die Unterführungen ausgepumpt werden, um den Zugang zu den Bahnsteigen aufrecht zu erhalten. Die Schäden, die in Liegnitz durch Ueberflutung von Kellern, im Wasserwerk, in der Ueberland-Zentrale, an den Telefon-Kabeln, Telephonleitungen, an Häusern und durch Vernichtung von Vorräten entstanden sind, sind außerordentlich groß. Schwer heimgesucht sind auch die Dörfer Klein-Bedern, Mehr-Perdorn und Rüstern, die mehr oder weniger unter Wasser stehen.

In Hannau hat die Deichsja, ein sonst völlig unbedeutender Gebirgsfluß, Betonbrücken und Telephonmasten weggerissen. Wenig

man nach Lauban fährt, so gleicht diese Reise förmlich einer Fahrt durchs Wattenmeer zwischen Haffeln und Wetterland; nur der Eisenbahndamm ragt aus der Wassermüde hervor. In vielen Dörfern müßten die Bewohner ihre Häuser, nachdem sie noch schnell die Eingänge mit Brettern vernagelt hatten, in höchster Eile verlassen. Aber selbst die Flucht der Bevölkerung ist nicht immer einfach zu bewerkstelligen, denn eine ganze Reihe wichtiger Landstraßen steht tief unter Wasser.

Auch dort, wo die Dörfer noch nicht geräumt zu werden brauchen, ist unermesslicher Schaden angerichtet. Frühzeitig beginnt die unglücklichen Einwohnern hier die Nacht, denn — die Lichtleitungen sind zerstört. Aus Gründen gefährlicher Gefährdungsbrennstoffe sind auch die Fabriken in Langenbielau und Tanneberg (Eulenspiegel) nicht arbeiten, die Zettungen nicht erscheinen, Kranke in den Krankenhäusern nicht operiert werden.

Im Gebiet der Lausitzer Neiße sind die Städte Gajen und Gersdorf am schlimmsten betroffen. Verschiebentlich kam in den letzten Tagen ein

Die Katastrophe hat sich auch auf Ober-Schlesien ausgedehnt. Im Gegenatz zu Niederschlesien steigt hier das Hochwasser der Oder und ihrer Nebenflüsse noch stündlich, und es ist überhaup nicht abzusehen, was hier noch passieren kann. Rastow meißel absteigt einen Hochwasserstand von sieben Metern, während der normale Wasserstand 1,60 Meter beträgt. Vollständig überflutet ist das Dorf Lanatitz bei Kreuzenort, ferner das Gebiet zwischen Obergberg und Annaberg 14 Dörfer in der näheren Umgebung von Rastow sind überhaupt vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten und es scheint nur noch eine Frage von Stunden zu sein, daß auch Rastow selbst nicht mehr per Bahn, Wagen oder Boot erreicht werden kann. Die Stadtverwaltung, die das Schlimmste befürchtet, traf umfangreiche Vorkehrungen zum Schutz der Lebensmittelversorgung.

Aus dem Gerichtssaal

Der Kampf gegen das Zuhältertum

Das Großverbrechen in den Gassen der Unterwelt in Mannheim im nimmt seinen Fortgang. Am Mittwoch kam der 25 Jahre alte Zimmermann **Bern. Wetterich** an die Reihe, der sich von zwei Mädchen unterhalten ließ. Als Kanakler tat er es nicht unter 20 Mark pro Tag, wie er dem einen Mädchen laute, und als Kanakler verprügelte er sie auch ab und zu. Sie war ihm nicht fleißig genug. „Die Abiäe mußst Du dir trumm laufen“, jagte er zu ihr. Aus den Wirtschaften und aus dem Bett trieb er sie auf die Straße. Wie alle diese Herren, suchte er die Unterstützung der beiden Mädchen abzukriegen. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 2 Monaten, ab 2 Monate Untersuchungshaft. — Der Verhältnis mit einem Strohmädchen, das er, wie er behauptet, heiraten wollte. Die Geliebte hat ihn, hoch gehen lassen, weil er sie mit einer anderen betrog und mit dieser das Geld, das sie ihm gab, durchbrachte. Das Gericht hielt für den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr für angemessen.

Die Singheimer Falschmünzverbanne vor dem Schöffengericht

Im Karlsruhe, 29. Okt. Vor dem erweiterten Schöffengericht (Vorstand: Amtsgerichtsdirektor Strauß) hatte sich heute die Mitte Juni festgenommenen Falschmünzergesellschaft aus Singheim bei Baden-Baden wegen Minderungsverbrechen sowie Betruges zu verurteilen. Angeklagt waren der 31jährige verheiratete Emailbrenner **Wendelin Ehrlich**, der 23jährige Zimmermann **Karl Gumann**, der 44jährige verheiratete Hornschmied **Ferdinand Lina**, der 21jährige ledige Arbeiter **Josef Boos** aus Baden-Baden, der 21jährige Schuhmacher **Wito Bach**, sämtliche aus Baden-Baden. Mit Ausnahme des **Bach** befinden sich sämtliche Angeklagten in Haft. **Christ** und **Gumann**, die beiden Hauptangeklagten, werden befristet, in der Zeit von April bis Anfang Juni dieses Jahres in ihrer Wohnung in Singheim mit Formen, die sie durch **Bachs** Vermittlung von dem Mitangeklagten **Lina** erhalten hatten, etwa 22 falsche Fünfmarkstücke aus Blei hergestellt zu haben. Die übrigen Angeklagten sind wegen Beihilfe angeklagt. **Boos** wird zur Last gelegt, Schmeltel und Gummimaterial den Falschmünzern zur Verfügung gestellt und bei der Anfertigung des Falschgeldes beihilflich gewesen zu sein. Die falschen Fünfmarkstücke, die sehr plump ausfallen sind, wurden von den Angeklagten in Wirtschaften in Baden-Baden, Rastatt sowie Karlsruhe veräußert. Am 22. Juni fuhren **Gumann** und **Christ** nach Karlsruhe, Teber der beiden hatte eine

„erst 1929!“

...daß Kathreiner mit Milch gut schmeckt, wissen wir längst!

Über-daß man die mit Kathreiner gemischte Milch dreimal (!) leichter verdaut als reine Milch

— das haben unsere Ernährungsforscher erst im vorigen Jahr entdeckt!

Ein leichtsinniger Streich

Im Karlsruhe, 29. Oktober. Der 20 Jahre alte ledige bisher befristete **Opfiker Paul S.** von hier war in einem Opfikeramt in der Kaiserstraße beschäftigt. Das Vertrauen seines Chefs, mit dem er seit seiner Tätigkeit bislang sehr zufrieden war, und das das beste Zeugnis ausstellte, mißbrauchte er dadurch, daß er im Oktober 1929 bis Anfang September dieses Jahres aus dessen den schätzlichen Brillen, Lupen, Theatergläser, Grammophonplatten, Autobrillen und andere einträgliche Gegenstände im Gesamtwert von 1801 Mark entwendete. Diese Gegenstände stellte er bei 20jährigen ledigen Automobilen **Ernst F.** aus Leutesheim unter, der von der Herkunft der gestohlenen Sachen wußte. Um Ablass des Diebesrautes zu erlangen, verfertigte F. eine gefälschte mit einem falschen Namen unterzeichnete Urkunde, in der behauptet wurde, die Gegenstände seien als Pfand für eine Schuld des **S.** beim **S.** deponiert worden und reeller Herkunft. Die gefälschten Sachen konnten dem Eigentümer wieder zugeführt werden. Staatsanwalt beantragte gegen F. wegen Diebstahls 5 Monate Gefängnis. Das Schöffengericht verurteilte **S.** wegen Angeklagten unterwarf sich dem Urteil. Das Gericht erwählte Strafaufsicht auf Wohlverhalten mit Bewährungsfrist bis 1. November 1933.

Bilder vom Tage



Die obersten Richter der neuen Welt

Dies sind die Richter des obersten amerikanischen Gerichtshofs, deren Rechtspruch unanfechtbar ist und sich über den ganzen nordamerikanischen Kontinent erstreckt. Stehend von links nach rechts: Stone, Sutherland, Butler, Roberts, Ewing von links nach rechts: McReynolds, Holmes, Oberrichter Hughes, van Devanter und Brandeis.



Addis Ababas „Bahnhofstraße“ wird zur Kaiserkrönung erbaut. Der Bau der großen Autostraße zum Bahnhof von Addis Ababa, der abessinischen Hauptstadt, die sich zum Empfang der Krönungsgäste aus der zivilisierten noch halb in eine moderne Stadt verwandeln will.

Gefahren bei der Geldanlage

Auf der Sparkasse ist das Geld geschützt gegen Verluste und Schäden

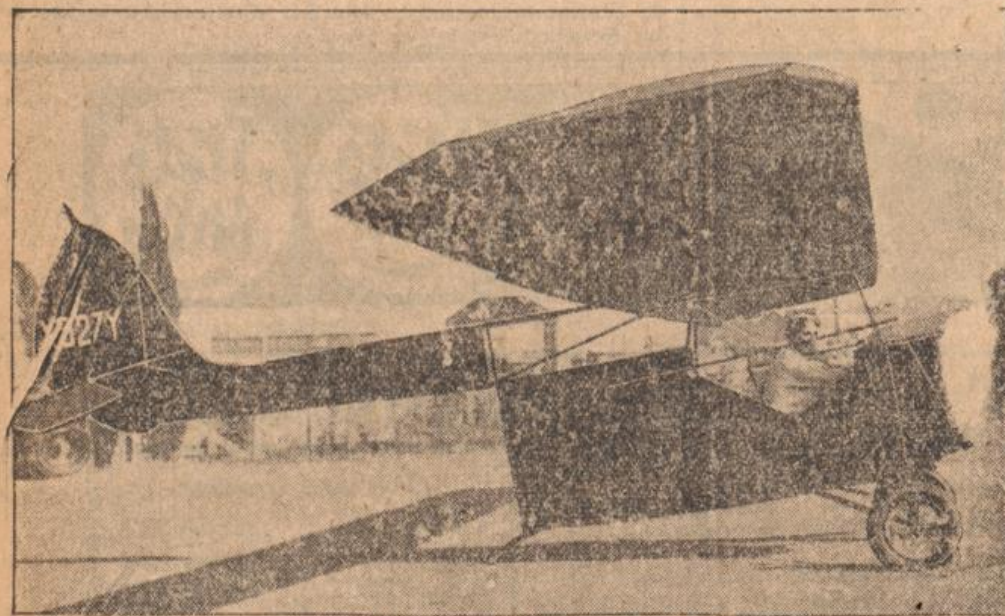
Zum Weltspartag



Der Duce für Revision der Friedensverträge Mussolini spricht

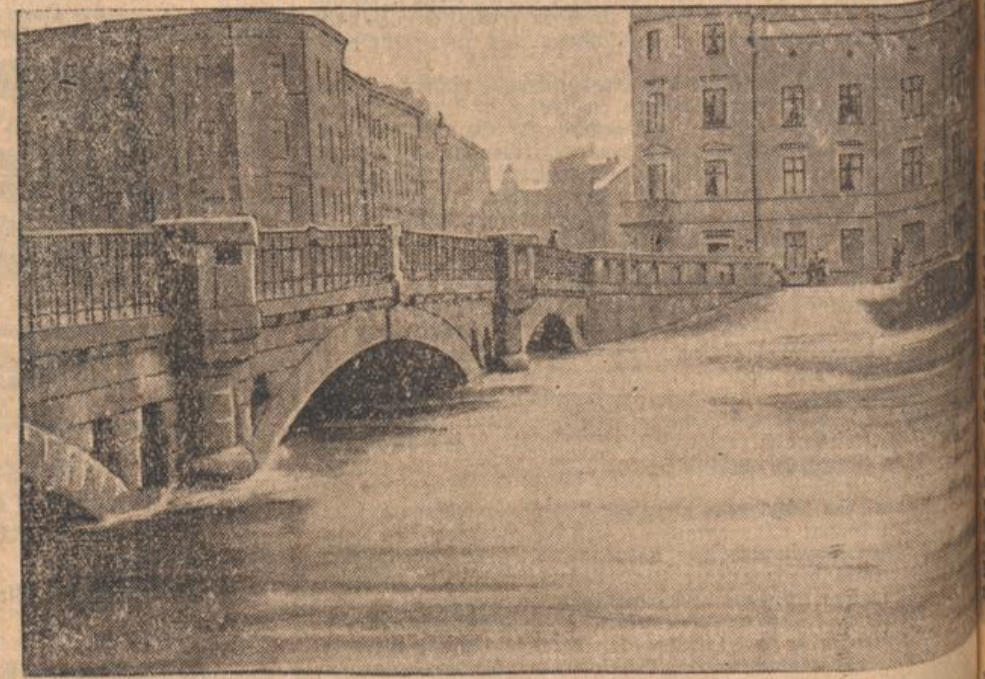
Mussolini hat in seiner außenpolitischen Rede besonderes Gewicht auf die Fragen der Abrüstung und Revision der Friedensverträge gelegt.

Ueberschwemmungskatastrophe in Schlesien

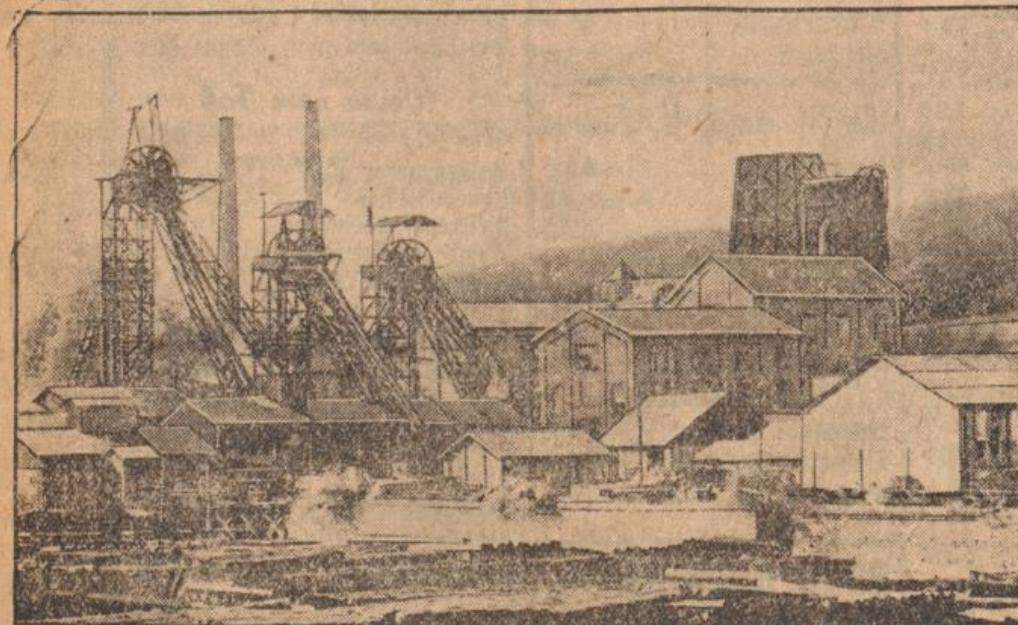


Eine neue Erfindung: Das Segel-Motorflugzeug

Das neuartige „Badewannenflugzeug“, das in Amerika konstruiert wurde. Dieser eigenartige Flugapparat stellt ein kombiniertes Segel- und Motorflugzeug dar. In wenigen Minuten kann es vom Segelflugzeug zur Motormaschine umgewandelt werden.



Die reichende Kahnbahn bei Liegnitz



Unglückszuchtige Manbach nach der Katastrophe

Die schwarzen Zäune wehen von den Fördertürmen und noch immer befinden sich einachsige Bergleute im Angritzschacht.



Der überschwemmte Bahndamm bei Horta

Immer schon
 konkurrenzlos billig, aber heute noch „ältere Preise“ bei gleich guter Qualität!



Bettfedern
 per Pfund jetzt:
 5²⁵ 4⁶⁵ 3⁵⁰ 2⁷⁵ 1⁵⁰ 95 u. 75

Matratzen zu billigsten Tagespreisen 5% Rabatt

Sigm. Wertheimer
 Kreuzstraße 10 (neben der Spanischen Weinhalle)
 6871 Ratenkaufabkommen

COLOSSEUM
 Heute abend 8 Uhr
Abschieds-Vorstellung
 des
Attraktions-Variété-Programms



DAS RECHT DER JUGEND
 Von
 Rechtsanwalt Dr. Tichauer
 und Stadtrat Friedländer
 in Leinen gebunden Mk. 3.—

Behandelt alle Gesetze, die Bestimmungen über Kinder und Jugendliche, Erb- und Vermögensrecht enthalten.

Vorrätig in der
Volksfreund-Buchhandlung
 Waldstr. 28 Telefon 7020/21

Unreines Gesicht
 Pickel, Mitesser werden unter Garantie durch **VENUS** (Stärke A) beseitigt. Preis 2.75

Gegen Sommerprossen (Stärke B) Preis 4.25 — **Drog. C. Roth**, Herrenstr. 26/28; **Drog. Th. Walz**, Jollystraße 17 und Kaiserstr. 45; **Engel-Drog.** Apotheke H. Reichard, Werdenerplatz 44. In **Karlsruhe-Mühlburg** **Merkur-Drog.** W. Hofmeister

Preis-Abbau!
 33 3/4% Rabatt der Wangen und 28 3/4% der Brust bei ausbleichender, unter garant. tabellosem Etik. bei **Friedrich Schmitt**, Schneiderm., Jagdfeld, Schulstraße 49 6871

Guter Wintermantel für 12jähr. Jung. bill. abzugeben **Wertheimer**, Str. 14, 2. St. l. 6870

Die große Gelegenheit:
Total-Ausverkauf
 wegen Geschäftsaufgabe
 bei
Schuh-SAX
 Kronenstrasse 17a

20—50% Rabatt auf alle regulären Waren
 50—60% Rabatt auf Einzelpaare
 10% Rabatt auf Marke Herz
 über 10000 Paar stehen zum Verkauf!

Den modernen Herren-Winter-Mantel
 finden Sie während meiner
Mantel-Spezial-Tage
 in bekannt großer Auswahl zu billigsten Preisen



Winter-Ulster zweireihig, mit Isom Rücken, Ringsgurt oder Rückengurt
 Mk. 35.- 45.- 65.- 85.- 110.-

Marengo-Paletot mit und ohne Samtkragen ein- und zweireihig, neue Form
 Mk. 39⁵⁰ 48.- 55.- 78.- 85.-

Münchener Loden-Mäntel prima Qualitäten wetterfest
 Mk. 24⁵⁰ 32.- 39⁵⁰ 45.- 55.-

Burschen-Mäntel flotte Formen mit Ringsgurt
 Mk. 28⁵⁰ 37⁵⁰ 45.- 55.- 65.-

Knaben-Mäntel in reizenden Formen und bester Ausführung
 Mk. 10⁵⁰ 14⁵⁰ 18⁵⁰ 25.- 35.-

Ferner empfehle ich mein reich sortiertes Lager:
 Eleganter Sacco-Anzüge, Blauer Kammgarn-Anzüge, Sport-Anzüge, Knaben-Anzüge, Herren-Pullover u. Westen, auch die bekannten Bleyle-Fabrikate, Kammgarn-Hosen, Buxkin-Hosen, Knaben-Hosen, Windjacken, Loden-Joppen, gestrickte Herren-Kittel

Ulster Mainz
 wie Abbildung
nur Mk. 55.-

Reichhaltiges Lager in Herren- und Knaben-Anzug-Stoffen

Auch in den Kleider- u. Mantelstoffe, Wachsamt, Lindener Körperamt, Schaldecken, Wäliche

CARL SCHÖPF

Schuhwaren 1920-1930 Jubiläums-Verkauf
 aller Art kauft man besonders preiswert im
 vom 3. bis 15. November im Schuhwarenhaus
ALFONS KIRN, Offenburg, Steinstraße 30 (neben Kaulhaus Spinner)
 10% Rabatt auf alle Artikel ausschließl. Hess-Sonderklasse 10%

Ämtliche Bekanntmachungen

Der Stadtrat hier hat die Abänderung und Neuherstellung von Baufluchten im Gebiet des ehemaligen Göttesauer Exerzierplatzes beantragt.

Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der 14 Tage lang, vom Tag der Bekanntmachung an, auf der Kanzlei des hiesigen Tiefbauamtes zur Einsicht aufliegt.

Einwendungen gegen die beabsichtigte Anlage sind spätestens bis 15. November 1930 bei Ausschlußbermeiden geltend zu machen. 1631
 Karlsruhe, den 21. Oktober 1930. D. 3. 62
 Bad. Bezirksamt II.

Arbeiter! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen stets die Intention dieser Zeitung!

Überzeugen Sie sich
 wie vorteilhaft wir Sie auf Teilzahlung bedienen können



Unsere billigen Preise und unsere stadtbekannt kulantesten Zahlungsbedingungen machen jede Anschaffung leicht.

So kostet z. B.

1. Dieser moderne, in Taille geschnittene **Velour-Mantel**, mit echtem, wunderbaren Pelzkragen, ganz auf Futter... nur **42.-**

2. Der flotte **Ulster** mit Rundgurt auf angewebt, karierten Futter, kunstseidenem Sattel... nur **58.-**

So preiswert erhalten Sie alle unsere Waren auf Teilzahlung

gegen Wochenraten von 2.- an oder Monatsraten von 2.- an bei geringer Anzahlung! Beamte ohne Anzahlung!

Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion, Bett-, Tisch- u. Leinwandstoffe, Teppiche, Gardinen, Läuferstoffe, Linoleum, Schuhe für alle Zwecke
Herren-Maß-Abteilung

Debege
Deutsche Bekleidungsgesellschaft m. b. H.
 Karlsruhe Das grosse Kaufhaus mit Zahlungserleichterung Kronenstr. 40

Durch eigene Fabrikation so billig!

Herrenhosen schwarz-weiß und grau gestreift... **690**

Blau **Arbeitsanzüge** aus prima Drell... **750**

Siegfried Ruben
 am Ludwigsplatz.

Junker & Ruh-Oel
 Junker & Ruh komb. Herde u. Gasthaus

stets neuere Ausführung Monatl. Raten von an Beamtenbesoldungsgeschl. Gaswerkzeugen, Aufstellung, Reparatur-Workshop

Karl Fr. Alex. Müller
 Karlsruhe Am...
 Telefon 1284 — Gegründet...

Durlacher Anzeigen
 Gemeinde, Kreis- u. Gebietsverordnungen
 Die Zahlungspflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Oktobersteuer zum 5. Nov. d. J. zu entrichten. Wer keine Steuerquittung besitzt, hat die fälligen Betragsummen zu bezahlen, auch wenn die Rollen der Jugendvollstreckungsträger.

Durlach, den 31. Oktober 1930.
 Stadtkasse Durlach.

Durlach.
 Reklame-Verkauf bis 10. November

Kinder- u. Jugend-Schuhwaren
 10% Rabatt 10%
 Schuhhaus
Karl Anritter, str.

Freibank Durlach
 Samstag vormittag ab 7 1/2 Uhr
Schönes Ruhfließen



Groß-Karlsruhe



„Der Rathaus-Riesenskandal“

Die Antwort des Stadtrats auf die Beschuldigungen der Arbeiter-Zeitung

Der Urheber der Artikel in der Arbeiter-Zeitung, Stadtv. Striadsaden, mißbraucht sein Stadtvordnutenmandat zum Versuch, sich Vorteile beim Möbelaufkauf zu verschaffen. — Vertrauensvotum für Oberbürgermeister Dr. Finter

Die Mannheimer Arbeiterzeitung hat dieser Tage unter der Überschrift: „Riesenskandal am dem Karlsruher Rathaus, Schiedsrichter zu Gunsten des Oberbürgermeisters“ zwei Veröffentlichungen gebracht. Die Arbeiterzeitung stellt darin zunächst die Behauptung auf, Oberbürgermeister Dr. Finter habe sich in den Jahren 1921 bis 1924 dadurch ungerechtfertigt bereichert, daß er sich ohne Ausschreibung und Bewehrung von der Stadt umsonst Wohnungen bewahren lassen. Der Rechnungsprüfungsausschuss der Stadtverwaltung habe im Jahre 1924 Rückfragen des Rates der zu Unrecht besessenen freien Wohnung und Beleuchtung oder nachträgliche Genehmigung durch den Bürgerausschuß verlangt. Oberbürgermeister Dr. Finter habe sich diesem Verlangen aber entzogen und um allem zu entgehen, in einem neuen Dienstvertrag freie Wohnung und Beleuchtung bewahren lassen. Der damalige Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses habe daraufhin die Angelegenheit in stillschweigender Weise für erledigt betrachtet.

Ein zweiter Vorwurf gegen Oberbürgermeister Dr. Finter enthalte die Behauptung, er habe die Öffentlichkeit über die Höhe der Kosten und Ausstattungslosten seiner jetzigen Dienstwohnung getäuscht und habe teilweise unter Umgehung des angelegentlich zuständige Bürgerausschusses sich hierfür recht erhebliche Beträge bewahren lassen. Die Wohnung sei auf diese Art und Weise ganz bewußt eingerichtet worden. Zum Beweise werden eine Anzahl Ausstellungen einzeln angeführt. Ein Restbetrag dieser Aufwendungen sei von ihm ganz vernünftig und durch Ueberzahlung von Holzschuppen an das Elektrizitätswerk ausgeglichen worden.

Die dritte Beschuldigung geht dahin, Oberbürgermeister Dr. Finter habe sich im Jahre 1927 mit Mitteln des Wasserwerks einen Wagen gekauft und verwernde nun diesen Wagen stols für sich. Neben Herrn Oberbürgermeister Dr. Finter, gegen den in erster Linie die Vorwürfe der Arbeiterzeitung sich richten, werden noch der damalige Direktor des städtischen Rechnungsamtes sowie der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses als mitschuldig bezeichnet. Außerdem wird der Rechnungsprüfungsausschuss in seinen derzeitigen Verhältnissen als Standaal-Verrechnungsamt bezeichnet.

Die erhobenen Beschuldigungen sind derart, daß die Öffentlichkeit einen Anspruch auf Aufklärung hat. Der Stadtrat hat sich infolgedessen mit der Angelegenheit befaßt und gibt mit Ausnahme einer Stimme einmütig folgende

Erklärung:

Die Stadtverwaltung hat mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Finter im Jahre 1919 im Auftrage des Bürgerausschusses einen Dienstvertrag abgeschlossen, der neben dem Gehalt die Gewährung einer freien Dienstwohnung ohne jedes Entgelt vorsah. Die im Jahre 1920 in Kraft getretene Reichsbesoldungsordnung mit ihren Bestimmungen über Länder und Gemeinden und die damals härtere Selbstverpflichtung machten im Jahre 1920 den Abschluß eines Nachtragsvertrages zwischen dem Stadtrat und Oberbürgermeister Dr. Finter notwendig. Dieser Vertrag, der in der Folgezeit durch die weitere Selbstverpflichtung der in der Wohnung wohnenden durch die weitere Selbstverpflichtung der in der Wohnung wohnenden, brachte im Rahmen des ursprünglichen Dienstvertrages auf Grund einer dem Stadtrat allgemein erteilten Ermächtigung eine Neuerung, die sich an die mit einzelnen städtischen Beamten getroffenen Regelungen anlehnte.

Die Stadt gewährte nämlich neben der Dienstwohnung auch noch einen Zuschuß zur Miete. Andererseits verpflichtete sich Herr Oberbürgermeister Dr. Finter, für die bis dahin unentgeltlich gewährte Dienstwohnung Miete zu entrichten. Bei dieser Neuerung ist die Leistung der Stadt keine Erhöhung gegenüber dem ursprünglichen dem Bürgerausschuß genehmigten Dienstvertrag. Bemerkenswert ist ferner, daß Herr Oberbürgermeister Dr. Finter, obwohl sein ursprünglicher Dienstvertrag Anspruch auf eine freie Wohnung der Stadt gegeben hätte, sich ganz aus freien Stücken mit einer geringeren zufrieden gab.

Die städtische Dienstwohnung ergibt sich als Folge dieser Verpflichtungen, die der Stadtrat in rechtskräftiger Weise ohne Befragen des Bürgerausschusses dem Nachtragsvertrag mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Finter abschließen konnte, und das nicht irgendwie, am wenigsten mit Rücksicht auf die Zuständigkeit des Bürgerausschusses umgangen.

Die Frage befähigt, was allerdings der Meinung, daß der Rechnungsprüfungsausschuss auch zu dem Nachtragsvertrag hätte gehört werden sollen, aber inwiefern von dem überaus gewissenhaft arbeitenden Rechnungsprüfungsausschuss aufgeworfene Zweifel gegenstandslos zu machen sei, hat der Stadtrat fürstlich in dem abgedruckten Bescheid die allen Mitglidern des Bürgerausschusses einen vollkommenen Einblick in die Angelegenheit zu gewähren und ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, dazu Stellung zu nehmen. Der Bürgerausschuss hat daraufhin die Sache mit Recht als erledigt betrachtet. Die Berechtigung des Oberbürgermeisters Dr. Finter zu dieser Wohnung ist mehr als zweifelsfrei. Nichts ist vielmehr, daß Herr Oberbürgermeister Dr. Finter freiwillig im Jahre 1920 an sich mit dem Stadtrat einen anderen Dienstvertrag abgeschlossen hat.

Die Oberbürgermeister-Wohnung anbetrifft, so liegen die Verhältnisse in diesem Falle in Wirklichkeit ganz anders, als sie die Arbeiterzeitung darstellt. Zunächst ist es notwendig, hervorzuheben, daß die Stadt dieses Haus nicht allein für Herrn Oberbürgermeister Dr. Finter bestimmt hat, es soll vielmehr für den jeweiligen Oberbürgermeister als Dienstwohnung Verwendung finden. Ferner ist eine besondere Erwähnung, daß Herr Oberbürgermeister Dr. Finter sich seiner Zeit freiwillig dienstlicher oder sonstwie gearteter Aufwendungen auf Art und Umfang des Umbaus und der Ausstattung sehr streng selbst zurückhalten hat. Nur nach einer Richtung hat er seine Herrschaft gegenüber dem ursprünglichen Kostenvoranschlag ausgedehnt, das er auf das Dringlichste, die vorgezeichneten Arbeiten fortzuführen. Trotz dieses ausdrücklichen Wunsches des Oberbürgermeisters hat aber der Stadtrat nach Beratung in der städtischen

noch bekannt zu geben. Der Stadtvordnute August Striadsaden wurde von der Staatsaufsichtsbehörde im Sommer dieses Jahres einen strengen Verweis erhalten, weil er beim privaten Einkauf in einem hiesigen Möbelaufkauf um seines höchst eigenen Vorteils willen unter Hinweis auf seine Stadtvordnutenstellung Worte gebraucht hat, die den Inhaber des Möbelaufkaufes nötigten, Herrn Striadsaden zu erwidern, er befinde sich in einem Karlsruher Möbelaufkauf und nicht bei Sklare in Berlin. In einem rechtskräftigen Urteil des hiesigen Amtsgerichts ist dieser für einen Stadtvordnuten und ein Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses beschämende Sachverhalt als erwiesen festgestellt worden.

Einen guten Einblick in die Gedankenlage des Stadtvordnuten Striadsaden ermöglicht schließlich noch der Umstand, daß man die ganz bestimmte Behauptung hören kann, er habe vor gar nicht langer Zeit einer anderen Partei, die man wohl als den schärfsten Gegner der Kommunisten ansehen darf, nämlich den Nationalsozialisten, sein wertvolles Material — allerdings vergeblich — unter der Voraussetzung angeboten, daß er an ausschließliche Stelle auf die Vorkaufsliste für die Gemeindefunktionen gesetzt werde.

Der Stadtrat ist der Meinung, mit seiner ausführlichen aufklärenden Darstellung einer Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit Genüge geleistet zu haben. Er mußte aber auch dem in seiner Ehre aufs tiefste verletzten Oberbürgermeister vor sich aus Genugtuung verschaffen. Er hat dies dadurch getan, daß er, abgesehen von einem Mitglied, einmütig Herrn Oberbürgermeister Dr. Finter sein unentwegtes Vertrauen in aller Form ausgesprochen hat.

Was alles statistisch ermittelt wird

Wieviel Stunden die Sonne gesehen wird

Nach den vom Preussischen Statistischen Landesamt veröffentlichten Ergebnissen des Meteorologischen Instituts hat man in 31 Orten auch die Sonnenscheindauer in Stunden und in Prozenten der astronomisch möglichen Dauer ermittelt. Danach hat im Monat September die Sonne in Kolberg am längsten geschienen, nämlich 163 Stunden (53 Proz. der möglichen Dauer); es folgen München mit 161 Stunden (43 Proz.), Nürnberg mit 138 Stunden (36 Prozent), Göttingen in Schlesien mit 130 Stunden (34 Proz.), Königsberg i. Pr. mit 130 Stunden (34 Proz.), Karlsruhe mit 129 Stunden (34 Proz.), Trier mit 126 Stunden (33 Proz.), die Zugspitze mit 123 Stunden (33 Proz.), Osterode i. Ostf. mit 121 Stunden (32 Proz.), Flauen mit 112 Stunden (30 Proz.), Neubrandenburg und Emden mit 110 Stunden (29 Proz.), Frankfurt a. M. mit 109 Stunden (29 Proz.), Breslau mit 108 Stunden (29 Proz.), Westerland a. Solt mit 107 Stunden (28 Proz.), Potsdam und Geisenheim mit 106 Stunden (28 Proz.) und Magdeburg und Erfurt mit 103 Stunden (27 Proz.). Unter 100 Stunden bleiben dann Bremen mit 96 Stunden (25 Proz.), Welford mit 91 Stunden (24 Proz.), Marburg und die Schneeluppe mit 87 Stunden (23 Proz.), Dresden mit 85 Stunden (22 Proz.), Röhren mit 84 Stunden (22 Proz.), Kiedberg im Taunus mit 82 Stunden (22 Proz.), Kassel mit 79 Stunden (21 Proz.), Auehlinburg mit 71 Stunden (20 Proz.), Münster i. W. mit 72 Stunden (19 Proz.) und der Broden mit nur 55 Stunden (14 Proz.).

Wie ist der allgemeinen Arbeitslosigkeit abzuwehren?

In diesem Artikel wird uns noch geschrieben: Durch das Beamtenloster hat Brüning erreicht, daß die Beamten aufgerüttelt wurden mitzubieten, wie die Arbeitslosigkeit herabgedrückt werden kann. Das Doppelverdienst muß rüchlos belohnt und bestraft werden. Hätte Brüning eine Notverordnung gebracht, die das Doppelverdienst radikal beseitigt, dann hätte schon viel Elend beseitigt werden können. Nach meiner Auffassung kann nur ein Gesetz durchgreifen, das aber auch die Behörde nicht schont. Das ist heute in jedem Privatbetrieb wie auch bei der Stadt und jeder Reichs- und Staatsbehörde Doppelverdienst vorhanden, dessen die Spaten auf den Dächern. Ich kenne viele Fälle, weil aber nur einen „kleineren“ herausgreifen. Bei einer Dienststelle in Karlsruhe — bei der übrigens einige ähnliche Fälle zu verzeichnen sind — ist ein Oberinspektor mit dem „färslichen Gehalt“ von nur etwa 550 M. Er hat keine Kinder und da es dann wohl dessen Ehefrau im Haushalt etwas sanawillig sein muß, hat sie noch die Stelle als Direktrice und verdient da ebensoviele wie der Ehemann. Das aber auch den Behörden verflucht wenig an der Milderung der Arbeitslosigkeit liegt, sei die Last, daß bei fast allen Dienststellen Elend geführt werden, in die Bewerber für freierwerbende Anstellungen und Aussteller aufgenommen werden. Ist zum Beispiel eine oder mehrere Stellen in den Beamten und Anstellten Aussteller — auf Anordnung des Ministeriums dürfen aber nur „junge“ Mädchen eingestellt werden — einstellt. Männer werden bei dieser Dienststelle also überhaupt nicht mehr herbeigeholt. Ich frage: Was sind die Arbeitsämter da? Auf diese Weise erreicht man manches junge Mädchen das Recht zum Bema der Arbeitslosenunterstützung. Bei einer Behörde sind sogar „Schlauberger“ auf den Gedanken gekommen, bei diesen Einstellungen sofort nach der Vorstellung dieser „jungen“ Mädchen das Adressbuch vor Hand zu nehmen, um den Beruf des Vaters festzustellen. Diefers kommt es vor, daß der Vater mindestens Inspektor bei irgend einer hiesigen Behörde ist. Es ist vielleicht auch möglich, daß der Vater des jungen Mädchens und derjenige, der die Hand bei der Einstellung im Spiel hat, Schulfreunde oder Mitallied einer Stammschachgesellschaft sind.

Uns scheint, daß auch in dieser Frage zumteil weit über das Ziel hinausgeschossen wird, denn die infolge des zu niederen Einkommens des Mannes herangezogene Frau in vielen Familien gewinnt die Frau, sich nach einer Beschäftigung umsehen. Sie wird dies nicht mit Vergnügen tun, sondern nur ungern, weil sie auch die Nachteile kennt, die mit einer solchen Beschäftigung verbunden sind. Anders liegt jedoch die Sache, wenn der Mann ein einigermaßen auskömmliches Einkommen hat. Da gehört das Doppelverdienst radikal beseitigt in einer Zeit der Arbeitslosigkeit wie heute. Man kann also nicht immer den gleichen Maßstab anlegen, sondern man muß auch die Verhältnisse berücksichtigen.

Die Red.

(*) Allerheiligen kein gesetzlicher Feiertag. Allerheiligen ist ein gebotener, nicht gesetzlicher Feiertag. Demzufolge sind die Ladengeschäfte geöffnet.

(*) Die Renten aus der Invaliden- und Unfallversicherung werden am Samstag, 1. November 1930 (Allerheiligen) ausbezahlt.

bringt prachtovolle Herbst- und Winter-Neuheiten im Zeichen des Preisabbaues!

Herren- und Knaben-Kleidung

in größter Auswahl außergewöhnlich billig

Ueberzeugen Sie sich bitte unverbindlich

Ad. Stein Nachf.

fertigt Ihnen den erstklassigen Maßanzug oder Mantel aus modernsten deutschen und englischen Stoffen von RM. 160,- an.

233 Kaiserstrasse 233

„Merkur“

Inh. B. u. O. Weiß

233 Kaiserstrasse 233

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Bürgerausschussführung in Baden

Bürgersteuer — 900 000 M Defizit — Notstandsarbeiten — Kapitalaufnahme

Das Gemeinderat der Stadt Baden trat am Mittwoch, den 29. Oktober, zu seiner letzten Tagung vor den Neuwahlen zusammen, um noch einige wichtige Vorlagen zu erörtern. Bei Anwesenheit von 81 Mitgliedern eröffnete Oberbürgermeister Effner die Sitzung, um zum ersten Punkt:

Bürgersteuer-Ordnung

die Einleitung zu geben. Er betonte nochmals, die an Hand der Vorlage zu erhebende erste Finanzlage der Gemeinde. Das vor einigen Wochen vorhandene Defizit (bei Einführung der Bürgersteuer) von 846 000 M hat sich durch Ausfälle beim Strandbad (12 500 M) und Krankenhaus (30—40 000 M) auf rund 900 000 M erhöht. Der Oberbürgermeister verwies besonders auf die der Stadt erwachsenden Lasten der Fürsorge für die Erwerbslosen, aus denen, die nicht nur unsere Finanzen, sondern die Finanzen aller Städte und Gemeinden ins Wanken bringen. Das Erwerbslosenerleichterungsgesetz müsse deshalb unbedingt eine Verringerung erfahren, damit die Gemeinden etwas entlastet werden. Der Redner verwies auf die enormen Zuschüsse der Waldwirtschaft und die immer niedriger werdenden Reichsüberweisungen aus der Einkommensteuer. Es sei damit zu rechnen, daß im nächsten Jahre noch größere Ausfälle an Steuereinnahmen zu verzeichnen sein werden, wie dieses Jahr. Die Notverordnung der Regierung Brüning hat den Gemeinden als Ersatz für Steuerausfälle drei neue Steuern angewiesen, 1. die Bürgersteuer (Kopfsteuer), 2. die Biersteuer und die Getränkesteuer. Die Biersteuer ist bereits hier eingeführt, die Bürgersteuer soll nun beschlossen werden. Zur Einführung der Getränkesteuer konnte der Stadtrat sich nicht entscheiden. Der Oberbürgermeister glaubt aber, daß auch auf diese Steuer nicht zu verzichten sein wird. Der Vorsitzende trat für Annahme der Bürgersteuer durch den alten Bürgerausschuss aus Gründen des Steuerertrags ein. Bis der neue Bürgerausschuss zusammentritt, sei es nicht mehr möglich, den Einzug durch das Finanzamt vornehmen zu lassen. Die Stadt müßte den Einzug selbst vornehmen, was Verluste an Steuereinnahmen bringen würde.

Der Chairman des Stadtrats, Oberbürgermeister Effner, (Str.), glaubt, wenn es so weiter gehen werde, daß das Defizit nahe an 1 1/2 Millionen heranwachsen. Er bezeichnet die einzelnen Teile der Steuer nicht gerade als abgelehnt, es werde im Reichstag noch darüber zu reden sein, damit der Steuer die sozialen Härten genommen werden. (Es wird dabei darauf ankommen, wie die Reichsstaatskassen des Zentrums sich dazu stellen; an der Sozialdemokratie soll es nicht fehlen. Der Berichterstatter.)

Stadtrat Weiler (Str.) spricht für die Zentrumsfraktion für Annahme der Vorlage und gibt bekannt, daß das Zentrum nur dann für die Vorlage 2, Notstandsarbeiten, stimmen werde, wenn Vorlage 1, Bürgersteuer, angenommen wird. Das Defizit sei einmal da, und müsse verkleinert werden, auch er wünscht im Interesse der unteren Volksklassen eine andere Staffellung; es soll (1) dieselbe von der Reichsregierung beschafft sein. — Stadtrat Zoos (Str.) meint, die Bürgersteuer bringe bei einem Ausbau die Möglichkeit in sich, die Zuschüsse zur Einkommensteuer in der Gemeinde wieder einzuführen.

Stadtrat Weber (Soz.) führt aus, die Sozialdemokratische Partei könne dieser Steuer in dieser Aufmachung nicht zustimmen. Die Steuer schont die oberen Besitzenden und lastet bei den unteren Volksklassen, die keinen Besitz haben, rigoros zu. Ist es noch möglich, von Steuererleichterung zu reden bei dieser Steuer, die so stark der Erwerbslosen, der Invaliden und Altersrentner, der Arbeitsbeschäftigten einfaß zahlen soll, ob er kann oder nicht? Will man vielleicht diesen Volksgruppen noch das Bett fänden, wenn die diese Steuer nicht zahlen können? Wären Abänderungsanträge möglich, hätte die Sozialdemokratie solche eingebracht. So aber lehnen sie die Vorlage ab. Die Verquickung mit den Notstandsarbeiten sei keine Demagogie.

Stadtrat Ziegler (D.Vp.) meint, die Einführung einer Bürgersteuer hätte auf der anderen Seite zur Herabsetzung der Umlage führen müssen. Bei dem voranschreitenden Defizit von 1,1 Millionen, wofür diese 75 000 M Einnahmen mehr oder weniger eine Rolle spielten. Diese Ausführungen riefen den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Stadtrat Herr auf den Plan, der die Ausführungen des Sozialdemokratischen einen papierenen Protest nennt im Hinblick auf die Gemeindefinanz, gehalten nach dem Muster des ehemaligen Führers der Baden-Badener Sozialpartei, des sogenannten Herren Mannes von Baden-Baden. Die Ausführungen des Sozialdemokratischen riefen Weiler zu Gegenrede, bei gewissen Steuerabändern, die besonders der Sozialpartei nahestehen, den schärfsten Willen zum Zuhören der notwendigen Steuern noch mehr zu stärken. Die Katastrophenpolitik der Sozialpartei könnte dazu führen, die Städte zum Zusammenbruch und damit zur Aufgabe der Selbstverwaltung zu bringen. Der Zentrumsredner nimmt sich ebenfalls Herrn Bauer von der Sozialpartei wegen seines Artikels in der Morgenseitung vor. Bei dieser Gelegenheit erlaubt man vor aller Öffentlichkeit, daß die Sozialpartei selbst wegen Bekämpfung der Oberbürgermeister und

Bürgermeisterstelle verhandelte. Der Name Dr. Mattes spielte dabei eine Rolle. Und dabei schreibt ein Stadtrat der Sozialpartei in der deutschnationalen-nazivolksparteilichen Morgenseitung von dem Einverständnis des Bürgermeisterspostens.

Stadtrat Köhlin (Staatsp.) begrüßt die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie, da diese Steuer tatsächlich das unsozialste Besteuerungsmodell, was bisher an Steuer gekommen sei. Der Redner hofft, daß man dies in Berlin auch endlich einsehen und die Steuer abändern werde. Die Politik der Sozialpartei würde anstatt heraus aus den schweren Monaten, hinein führen ins Chaos. Trotzdem ist der Redner für Annahme der Bürgersteuer.

Stadtrat Weber (Soz.) betont, Herr Köhlin hätte ruhig mit der Sozialdemokratie gehen und die Steuer ablehnen können. Das beste wäre, alle Städte würden diese Steuer ablehnen, um damit der Regierung Brüning zu zeigen, daß es so nicht geht.

Nach weiteren Ausführungen des Sozialdemokratischen Ziegler meint sein Parteifreund Bauer in Entgegnung auf die Ausführungen des Zentrumsredners, das Zentrum habe es schon immer auf verstanden, über Zurücklegung des katholischen Volksteiles zu klagen, und sich aber dabei reichlich mit Stellen zu versehen. Die Abstimmung ergab Annahme der Bürgersteuer mit 44 gegen 34 Stimmen. Dagegen stimmte die Sozialdemokratie und die Volkspartei.

Notstandsarbeiten

rief ebenfalls eine Anzahl Redner auf den Plan. Es sprachen von der Staatspartei die Stadtratsmitglieder Reisinger und Hummel, von der Zentrum der Stadtrat Wiedemann. Dieser meinte, die zu erhebenden Kleinwohnungsarbeiten gäben keine Wohnungen, sondern Hausstellen, was jedoch von Seiten der Staatsparteilichen Kabinete in seiner Eigenschaft als Architekt ziemlich übersehen worden sei. Stadtrat Barth von der Sozialpartei ist ebenfalls der Ansicht, daß Kleinwohnungen notwendig seien. Noch mehr Drei- und Zweifamilienwohnungen zu bauen könnte leicht zur Überproduktion führen.

Stadtrat Schneider (Soz.) hält die geplanten Notstandsarbeiten für nicht ausreichend, um der Not zu steuern. Die von bereitgestellten Arbeiten im Gesamtbetrag von 300 000 M, 100 000 M für den Kleinwohnungsbau, 100 000 M für Instandsetzung von Wohnungen und Altbauern und 100 000 M für Notstandsarbeiten, wie Leichenhalle in Lichtental, Westbadstrandbad und dergleichen, müssen weitere Mittel folgen. Die Industrie am Rade wirt infolge der Wirtschaftskrise und Abstriche immer mehr Arbeiter auf. Die Gemeinde solle nicht warten, bis die Erwerbslosen ausgereizert sind, sondern Arbeit für Arbeitslosenempfänger bereit stellen, da für solche Arbeiter Zuschüsse des Landesamtes auszuführen, da diese Arbeiten nicht sozial wirtschaftlich seien, und deshalb besonders günstig für Beschäftigung einer größeren Zahl von Erwerbslosen sind. Redner legt sich besonders für Ausführung der Dozer Bahnhofsstraße, Dozer Gartenstraße und Dozer Siedlung Straße ein. Was aber die Oberbeuener Parallelstraße angeht, so müsse dieselbe unter allen Umständen im Laufe dieses Winters begonnen werden. Diese Arbeit sei schon wegen der Verkehrssicherheit in Oberbeuern nicht mehr aufschieben und biete einer größeren Anzahl Arbeitern auf längere Zeit hinaus Verdienstmöglichkeiten. Die Instandsetzungsarbeiten in Altbauern sollten nicht im Frühjahr, sondern im Laufe dieses Winters ausgeführt werden, denn diese Arbeitsmöglichkeit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Handwerks ist gerade diesen Winter notwendig. Redner appelliert nochmals an das Stadt. Bauamt, solche Arbeiten bereit zu stellen, die vom Landesamtsamt bezuschuligt werden, wie es eine ganze Reihe anderer Städte machen, die damit ihre eigenen Finanzen schonen.

Der Vorsitzende entseant, daß die Oberbeuener Parallelstraße auf 880 000 M zu stehen käme, und 17 000 Tagewerke beantragen würde. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme der Vorlage.

Die 3. Vorlage, Kapitalaufnahme bei der Stäwaag (Stadt. Betriebswerke M.G.), wurde nach kurzer Debatte einstimmig genehmigt. Die Stadt hat mit dem Kaufpreis für die Stadt. Werke am 1. September ihre kurzfristigen Schulden getilgt, so daß jetzt außer der 1933 fällig werdenden Schatzanleihe in Höhe von 4 Millionen nur noch langfristige laufende Anleihe vorhanden sind. Es bot sich nun Gelegenheit, bei der Stäwaag (Badenwert) 2 Millionen zu einem günstigen Zinsfuß von 7,25 Prozent zu erhalten, die in Hypothekendarlehen und Kommunalobligationen angelegt wurden, und dazu verwendet werden sollten, obige Schatzanleihe-Anleihe 1933 abzudecken.

Die nächsten Punkte Wahl von zwei Bürgerausschuhmittelliedern und einem Erziehungsrat in die Baden-Badener-Kommision und Änderung der Satzungen der Stadt. (Gemeinschaft) Sparkasse B. Baden wurden ebenfalls einstimmig angenommen.

Am Schluß der Sitzung dankte der Vorsitzende, Oberbürgermeister Effner, den Stadtratsmitgliedern für die in vier Jahren geleistete selbstlose, ehrenamtliche Arbeit, die im Interesse unserer schönen Badenstadt und ihrer Einwohner geleistet wurde. Er freut sich, daß trotz aller Schärfe die Gegenstände, die oft hart aufeinanderprallen in diesem Hause, keine persönlichen Feindschaften daraus entstanden sind.

Einmalig



Jugendliche flotte Filzlocke 1⁹⁰



Fesche Filzkappe m. Filzschleife 2⁹⁰



Samthoque Silkinä 2⁹⁰



Frauenhut Filz ausgearbellet 4⁹⁰



Grosse weiche Filzlocke Atelierarbeit 6⁹⁰

nur bei **Gutmann** Das führende Haus für Damenhüte

Unsere **PELZABTEILUNG** bietet große Vorteile!

Diese Hüte in allen Moden, Farben und Kopfformen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Vorläufige Witterung für Samstag, 1. November: Etwas kälter, teilweise auflockernd, aber noch unbeständig, streichweise Regen, frische westliche Winde.

Nicht der Preis der Ware sondern die Qualität entscheidet!

Ulster Paletots in den neuesten Farben, mit und ohne Gürtel. schwarz und marengo, mit und ohne Samtkrag. 48.- 55.- 65.- 35.- 78.- 85.- 65.-

Trench-Coats m. ausk. Sp. d. Futter und Oelw. - Einlage 33.- 42.- 48.- 52.-

Loden-Mäntel best. Impr. Qualität 18.⁹⁰ 24.- 34.- 38.-

Mäntel für Knaben und Burschen, entsprechend billiger

5% Kassa-Rabatt Ratenkaufabkomm. m. der Bad. Beamtenbank

Julius Löwe
Südstadt Werderplatz 25 Karlsruhe

Letzte Nachrichten

Leon Blum fordert Abklärung

Paris, 31. Okt. (Funkdienst.) Der sozialistische Parteiführer Leon Blum richtet heute im Populaire die energische Aufforderung an die französische Regierung, daß sie sofort in der Abklärung der Frage wie auch in der Frage der Revision der Verträge unbedingt aus ihrer rein negativen Zurückhaltung herauszutreten soll. Man müsse Mussolini ein Propagandamittel aus der Hand schlagen, dessen Gefährlichkeit niemand bestreite. Wenn Frankreich nicht guten Willen, eine sachliche Aussprache über die Revision der Verträge zu führen zeige, werde die Revision mit Gewalt beginnen, und zwar zunächst mit einem Staatsstreich der Heimwehren in Wien und der Restauration der Habsburger.

Wenn man dem Denuve und dem Echo de Paris Glauben schenken darf, hat die französische Regierung bereits für notwendig gehalten, auf dem Gebiet der Abklärung einzuklinken. Zardien habe in den letzten Tagen eine eingehende Aussprache mit dem amerikanischen Botschafter in Brüssel, Gibson, dem Führer der amerikanischen Abrüstungsdelegation für die bevorstehende Witterungsabklärung, gehabt. Gibson habe sich als Vermittler im französisch-italienischen Flottenstreit angeboten, wenn Frankreich sich bereit erkläre, dem Flottenkompromiß zwischen England, Amerika und Japan beizutreten. Man würde Frankreich eine Gesamttonnage von 560 000 Tonnen zuerkennen. Außerdem eine Garantieklausel, die ihm eine Ueberlegenheit von 240 000 Tonnen gegenüber Italien sichere.

Putschversuch in Griechenland

Athen, 31. Okt. (Funkdienst.) Anhänger des früheren griechischen Diktators General Pangalos haben einen Putschversuch unternommen. Die Regierung war jedoch rechtzeitig gewarnt worden. Sie ließ das Versammlungslokal der Putschisten umzingeln und 30 frühere Offiziere sowie 150 andere Anhänger Pangalos verhaften. Die Verhaftung des Generals Pangalos steht unmittelbar bevor. Die Agitation der Pangalisten arbeitet mit dem Krautamt, die in Angora abgeschlossenen Verträge seien für Griechenland äußerst schädlich.

Wohlfühlende Woche bei Hermann Ties. Es wird fast ... man hat Anschaffungen für den Winterbedarf und will doch dabei sparen. In sämtlichen Abteilungen des Hauses findet man eine wirklich außerordentliche Auswahl von praktischen Dingen und zu Preisen, die nur durch die Einkaufsmacht des Konzerns möglich gewesen sind. Es dürfte sich empfehlen, die heutige Beilage dieser Zeitung recht eifrig durchzusehen und die geeigneten Vorteile auszunutzen.

Zur Alsdorfer Grubenkatastrophe

Fragen an die Staatsanwaltschaft

Karlsruhe, 28. Okt. (Eig. Draht.) Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Aachen, hat an die Staatsanwaltschaft ein Schreiben gerichtet, in dem darum gebeten wird, die angestellten Zeugenvernehmungen nicht nur auf die sich in den Krankenhäusern befindlichen Verletzten zu beschränken, sondern in erster Linie unter ihrem Eid die Mitglieder der Direktion, die Werks- und Betriebsleitung, die verschiedensten Steiger, ferner die sonstigen Aufsichtspersonen unter und über Tage, sowie alle die Personen zu vernehmen, die eventuell auf die nachfolgenden Fragen Antwort geben könnten, insbesondere die Mitglieder des Betriebs- und Arbeiterrats. Die Fragen sind folgende:

1. Befand sich im oder in der Nähe des Unfallschachts, über Tag oder im Verwaltungsgebäude ein Raum, in dem Sprengstoffe, wenn auch nur vorübergehend, aufbewahrt worden sind?
2. Sind Kurzschlüsse mit Funken oder Lichtbogenerscheinungen

an den elektrischen Licht- und Kraftstromleitungen, an den Verbindungen, Schaltern oder an anderen Stellen beobachtet worden? Wenn ja, wurde der Werksbehörde Meldung erstattet?

3. Sind Brände der Benzol-Pommatoren beobachtet worden? Wenn ja, wie oft, in welchem Umfang? Wie wurden diese gelöscht? Wurde der Werksbehörde Meldung erstattet?

4. Ist über Tag an verbotenen Stellen mit Schweißapparaten und Schneidbrennern gearbeitet worden?

5. Ist in der Nähe des Schachtes oder im Schacht oder in der Grube mit Schweißapparaten und Schneidbrennern gearbeitet worden?

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politikt, Freilicht Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: E. Grünbaum. Bad. Landtag, Gewerkschaftliches, Aus der Partei, Letzte badische Chronik, Aus Mittelbaden, Duria, Gerichtszeitung, Heulieton, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Giese. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Eämtliche wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck u. Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Die zu 4 Jellen 50 Pfg. die Zeile Vergütungszeitigen haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden nur Redaktionsweise berichtigt.

Karlsruhe
Freie Turnerschaft. Montag, 3. November, abends 8 Uhr, in der „Gambriushalle“ Mitteilungs-Versammlung mit Vortrag des Dr. Jung über „Arbeiterport und Kommunalpolitik“.
T.S.K. Abt. West, Handballer. Heute abend 8 Uhr Spielereue-Jammlung in der „Stadt Baden“.

Karlsruhe
Volkshochschule. Sängerinnen und Sänger treffen sich am Samstag, 1. Nov., abends 8 Uhr, in Raitenhaus zur „Friedrichskrone“.

Karlsruhe
Volkshochschule. Samstag, 1. Nov., abends 8 Uhr, Mitteilungsversammlung „Eiche“. Ausbruch 6.30 Uhr.

Karlsruhe
Volkshochschule. Samstag, 1. Nov., abends 8 Uhr, Mitteilungsversammlung „Eiche“. Ausbruch 6.30 Uhr.

Karlsruhe
Naturfreunde. Heute abend Vortrag: „Die Entdeckung der Welt“, 1. und 2. Nov. in Moosbrunn Bezirks-Wintersportkonferenz, 21 Uhr.

10 Sensationsstage
für
Herrenmäntel
Preise und Qualitäten werden Sie in Erstaunen setzen . . .



Prachtvolle **Ulster** und **Ulsterpaletots**, eleg. **Gabardine-Mäntel** in allen Stoff- und Macharten, feine **Marengo-Paletots** mit Samtkragen für Allerheiligen
Preislagen:
36.- 42.- 48.- 54.- 60.- 72.- 82.- 92.- 102.-

Ferner preisreduzierte **Loden- u. Gummimäntel**, **Trenchcoats**, elegante **Anzüge**, ebenso **Jünglings- und Knabenmäntel**

Beachten Sie die 6 Schaufenster meiner Firma, auch Ihr Urteil wird es sein:

Am vorteilhaftesten kauft sich's doch

im

KONFEKTIONS-HAUS HANSA

Inh.: L. Woli
Karlsruhe, Kaiserstr. 50
Ecke Adlerstrasse
Wareneinfuhrabkommen der Baanbank

Danksagung
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem schweren Verluste meines lieben, unvergesslichen Mannes und unseres lieben Vaters

Carl Lacroix

sagen wir hiermit auf diesem Wege allen unsern herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir auch denen, die durch ehrende Worte und Kranzniederlegung am Grabe seiner gedachten, sowie den Schwestern für ihre liebevolle Pflege.

Karlsruhe, den 30. Oktober 1930.

Für die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Emilie Lacroix
nebst Kinder und Enkel

Badische Lichtspiele — Konzerthaus

Ab Freitag, den 31. Okt. bis Donnerstag, den 6. Nov., jeweils 20.30 Uhr
Sonntag, 2. Nov., 3mal: 16., — 18.15 u. 20.30 Uhr
Neuaufführung

Prinz Louis Ferdinand

Der Held von 1806

Ein Stückchen deutsche Geschichte
Was viele nicht wissen — Eupen und Malmédy — Wochenschau
Kapelle Lehmann
Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr., Photo-Ganske, bei der Hauptpost und im Büro: Klauereibstraße 1.

Billige Schuhe!
Wir verkaufen einen Posten reduzierte **Kinderpansenschuhe 5.-** Gr. 27-35 &
Damenspangenschuhe 6.- Gr. 36-42 &
Schnürschuhe 6.- Gr. 36-42 &
in schwarz, braun und feinfarbig, sonst bedeutend höher im Preis. Verkauf nur solange Vorrat.
Auf sämtliche anderen Artikel gewähren wir **10% Rabatt**
Adolf Wirth & Cie.
Körnerstraße 7 Karlsruhe Telefon 664

Reparaturen an Uhren u. Schmuck
werden fachgemäß und billig ausgeführt
J. Gelmann
Uhren u. Goldwaren
Zähringerstraße 36
Hier werden auch unzählbare Gläser eingesetzt

Gelegenheitskauf!
1 Schlafzimmer
Eiche gebeizt
(Mit Garderobenschrank mit Innenspiegel) wenig gebraucht, wie neu, komplett
nur **485.-**

Möbelhaus Marx Kahn
Waldstraße 22 (neben Colosseum)

10 Hühner
Am Vogeln, zu best. Schichten 1, III. r.

links
Reine Wolle - schöner Velour ganz gefüttert reich verbrämt mit Biberette-Pelz **85.-**

rechts
Beste reinwollen. Velour ganz gefüttert mit den modernsten Fellen besetzt **59.-**

Mäntel aus farbigen Stoffen englischer Art, mit hohen Plüschkragen . . . Mk. 28.- 19.-
Ohlman, maris und schwarz, mit modernem Plüschkragen . . . Mk. 28.- 26.-
Ripa Travers, reine Wolle, ganz gefüttert, mit Pelzkragen . . . Mk. 55.- 28.-
Velour, lang, Plüsch u. Kinnliche neue Stoffe in all. mod. Farben Mk. 75.- 65.- 55.-
Seel-Plüsch und Pelzimitationen . . . Mk. 65.- 55.- 45.- 36.-
Mäntel für Kinder in allen Preislagen in vielen neuen Stoffen und Farben

J. SCHNEIDER
Kaiserstraße — Werderplatz — Mühlburg

Kastatter Anzeigen
Mit Wirkung vom 1. November 1930 wurden die Beiträge zu unserer Kasse auf 5,4 % des Grundlohnes herabgesetzt. Die Beiträge der Arbeitslosen-Versicherung bleiben gleich (6,5 %).
Familienmitglieder haben an den Kosten für Arzneien und kleineren Heilmitteln wie Brillen, Bruchbänder usw. nur noch 30 % zu zahlen. Der Anteil der Mitglieder an den Verordnungen ist derselbe wie früher, pro Verordnung 50 Pfg.
Neue Beitragsabellen können bei unseren Rechnerstellen und bei der Hauptkassa in Kastatt, Kastatt, den 29. Oktober 1930.
Allgemeine Krankenkasse Kastatt—Land Eß Kastatt
Der Vorstand: Stefan Weber

Knielinger Anzeigen
Das Aufbereiten von ca. 1200 fm Pelz verarbeiteten Schlingen des Gemeindefonds ist zu vergeben. Die näheren Bedingungen sind bei uns eingeholt werden. Schriftliche Angebote auf den Pelzmeter Knielinger und Eder Grennholz über 25 Stellen lauten bis Montag, den 3. November, abends 5 Uhr, bei uns einzureichen.
Knielingen, den 30. Oktober 1930.
Bürgermeisteramt.

Rastatt
Am Samstag, den 1. und Sonntag, 2. November, im „Franz“ in Rastatt
Große Kaninchen- u. Pelz-Ausstellung
Arbeiten der Frauengruppe des Vereins
Eintritt 30 Pfg. Kinder frei!
Die Ausstellungsleitung

Gaggenauer Anzeigen
Die regelmäßige Einzahlung der Gebäude zur Feuerversicherung betr.
Die Eigentümer solcher Gebäude, welche der vorigen regelmäßigen Einzahlung nicht statt oder deren Wert sich im Laufe des Jahres durch Verfallung, Abbau, Abbruch, Brand, etc. um mindestens 200 Mk. erhöht hat, sind verpflichtet, diesen Betrag wegen Abbruch, Brand, etc. fest zum 31. Oktober d. J. bei uns einzureichen. Deren Wert seit der letzten Einzahlung unter dem Wert des Jahres mit angegebener Begründung eingezahlt werden. Dies ist bis zum 3. November d. J. auf dem Gemeindefondsamt zu tun.
Nicht anmeldepflichtig sind solche Gebäude, die während des Jahres mit angegebener Begründung eingezahlt worden sind. Ist der Wert nach § 21 des Geb.-Verf.-Ges. mit dem Wert des Jahres mit angegebener Begründung eingezahlt worden, so ist die Einzahlung bis zum 3. Oktober 1930 bei uns einzureichen.
Gaggenau, den 30. Oktober 1930
Bürgermeisteramt.
Schneider.

ALTSCHÜLERS billige Herbstwoche

Aus unserem Riesenlager

Kamelhaarschuhe:

Damen-Niederstreter, Wolle mit Baumwolle, Filzwischensohle und Ledersohle jetzt nur Mk. 1.85 **1.35**
 Herren-Laschenschuhe, Wolle mit Baumwolle, Filzwischensohle und Ledersohle jetzt nur Mk. 2.45 **1.95**
 Kinder-Schnallenstiefel, Wolle mit Baumwolle, Filzwischensohle und Ledersohle jetzt nur von Mk. **1.65**
 Damen-Filz-Schnallenstiefel mit Lederringbesatz, mollig warm gefüttert jetzt nur Mk. **4.75**

Für die Dame!

Schwarze Roßschw.-Damen-Spangen- u. Schnürhaarschuhe, Blattverzierung, beliebter Straßenschuh nur Mk. **4.95**
 Damen-Lack-Spangenschuhe, festes Modell mit hellem Lederfutter nur Mk. **4.95**
 Damen-Überschallstiefel, beige u. braun reumst. Gabardine u. Trikot m. Stoff od. Samtkragen, warm gefüttert v. Mk. **5.90**

Für den Herrn!

Herren schwarze Rindbox-Halbschuhe, moderne, schlanke Form, besonders billig Mk. **5.90**
 Herren braun Rindbox-Halbschuhe, moderne Form, solide Ausführung Mk. **6.90**
 Herren schwarze Rindboxstiefel, bequeme breite Form, sehr billig Mk. **8.90**
 Herren schwarze Rindbox-Tourerstiefel, wasserdichtes Futter, sportgerechte Ausführung, verblüffend billig Mk. **9.90**

Für das Kind!

Kinder braune u. schwarze Spangenschuhe, bequeme Form von Mk. **2.95**

Altschüler

Schützenstr. 50 * Karlsruhe * Kaiserstr. 118

Künstlerhaus
 mittwoch, den 5. Nov. 1930
 abends 8 Uhr

Tanzabend

Waldtraut Schwab

mit ihrer Laientanzgruppe

Am Flügel: **Mans Ebbecke**

Karten RM. 3.-, 2.- u. 1.50 bei der Musikalienhandlg. und Konzertdirektion Kaiser-, Ecke Waldstr. sowie an der Abendkasse

Fritz Müller

„Brunnenstube“, Mühlburg
 Heute

Schlachtfest mit Konzert

Reichhaltige Schlachtplatte

Es ladet höflichst ein **Karl Schwörer**

Stets frisch gebrannten,

KAFFEE

aus eigener Rösterei

Konsum-Mischung . . . Pfd. 3.-
 Haushalt-Mischung . . . Pfd. 3.80
 Spezial-Mischung . . . Pfd. 4.-
 Perl-Kaffee Pfd. 4.20
 Mokka Pfd. 4.60

Drogerie

CARL ROTH

Herrenstr. 26/28 - Tel. 6180/81

Wollen Sie Geld sparen
 dann decken Sie Ihren Bedarf bei

Carl Schäuble, Bruchsal

Hoheneggerplatz 8, Telefon 2778

Damen- und Herrenkleiderstoffe, Baumwollwaren, Aussteuerartikel, Anfertigung kompletter Aussteuern, Damen- und Herrenwäsche, Trikots, Strumpfwaren, gestricke Damen-, Herren- und Kinderkleidung, Teppiche, Sattlerarbeiten, Deussen, Anfertigung feiner Herrenkleider nach Maß, Konfektion, Bade-Artikel, Blaue Arbeitsanzüge, Windjacken.

Verlangen Sie persönlichen Besuch oder bemustertes Angebot.

40 Jahre HAHN

Aus Anlaß des 40jähr. Bestehens unserer Firma veranstalten wir einen

Jubiläums-Verkauf

zu

enorm billigen Preisen!

Eine außergewöhnliche Gelegenheit bei dieser Geldknappheit einen guten Mantel, einen eleganten Anzug wirklich vorteilhaft einzukaufen.

40 Jahre Hahn — 40 Jahre gut und billig

Unsere Jubiläums-Angebote:

Elegante Herren-Mäntel

nur gute Qualitäten, hochmoderne Farben.

36.- 48.- 58.- 75.- 88.-

Ratenkaufabkommen

HAHN

Kaiserstraße 54

Preis-Abschlag!

Chaise longue mit Federkante von 78.- bis 139.- Mk.
 Chaiselongues mit verstellbarem Kopfteil von 32.- bis 68.- Mk.
 moderne Formen, beste Ausführung von nur 89.- bis 138.- Mk.
 Decken in großer Auswahl 47/48
 R. Köhler Telefon 4419
 Schützenstr. 23

Schränke

je nach Art und Größe in reicher Auswahl, erprobt, billig, freundlich, Kronenstr. 37-39.

Kohlenherd
 weiß und Gasherd

4 Stück 45/4 an der KUNZMANN, Säbingerstraße 46

Heute und folgende Tage:

Der größte Schauspieler!

Der größte Regisseur!

Die größte und beste Filmoperette die bisher erschienen:

Liebesparade

(Der Prinzgemahl)

mit **Jeanette Mac Donald** und **Maurice Chevalier**

Regie: Ernst Lubitsch
 Beginn: 8 1/4, 8, 7 und 9 Uhr

Zwei packen aus

Selten billig eingekauft

Sie kaufen gute Qualitäten für die Hälfte des wirklichen Wertes — **Schnell zugreifen!**

ERB Kaiserstraße 115

Posten 1 **Schlüpfer**
 Kunstseiden-Decke warm gefüttert, in gestreift und glatt . . . Größe 42-48 **1.50**

Posten 2 **Damen-Reform-Röcke**
 mit angerauchtem Futter, mit Seide durchwirkt, in schönen Farben **2.20**

Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.)

Geschäftsstelle (nur betriebl. Anträge) Hauptstr. 21, 50-111
 Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“, Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee, jeweils 8-7 1/2 Uhr

Es ist erschienen:

Der sozialdemokratische Abreißkalender 1931

In Kupfertiefdruck hergestellt, 768 Seiten stark. Er bringt historische Daten aus der Arbeiterbewegung, astronomische Angaben (Sonnen- u. -untergänge, Mondphasen, Planetenbewegung usw.). Gute Bilder beleben den Kalender, so daß er in jedem Haushalt, in jedem Büro eine Zierde darstellt. Der Kalender kostet **2.- RM.** Zu haben in allen Parteibuchhandlungen.

In Karlsruhe:
Volkstreund-Buchhandlung
 Waldstraße 28

1870 **60 Jahre** 1930

Zeümer-Hüte

Unsere **erstaunlich niedrigen Preise** sind eine „Jubiläumsgabe“

Wollfilz 4.90 5.50 6.50 8.- 9.- etc.
 Haarfilz 10.90 12.- 14.- 16.- etc.

Unsere **weit überlegene Auswahl** ist anerkannt!

Wilh. Zeümer
 Karlsruhe, Kaiserstraße 125/127

1870 **60 Jahre** 1930

Pelze

nur vom Kürschner

ist das Gebot des eigenen Interesses und sollten Sie unbedingt beachten von uns als

Großhersteller

ist das Gebot des eigenen Vorteils, das Sie nicht übersehen dürfen. Trotz der damit bedingten zeitgemäß **unvergleichlich billigen Preise** haben wir in diesem unserem **Jubiläumswahljahr** einen „Preisabbau“ durchgeführt, der **erstaunlich** ist. Dabei haben Sie die **Auswahl** unter tausenden fertiger Pelze und felle

Wilh. Zeümer
 Großkürschnerei
 Karlsruhe Kaiserstr. 125/127

Dem Hauptgeschäftszweigen angegliedert. Auswahlabteilung nach auswärts bereitzwillig. Dem KKK Karlsruher Kundenklub angegliedert.

Lebensbedürfnisverein

Neu eingeführt:

1929er Albersweiler Weißwein

Literflasche ohne Glas 60 Pfg.
 (Flaschenpfand 20 Pfennig)
 Abgabe nur an Mitglieder

Einmalige Gelegenheiten!

Neue moderne Möbel:

Schlafzimmer, echt Mahagoni, komplett **685.-**
 Speisezimmer, Eiche, komplett **460.-**
 Schweres Herrenzimmer, kompl. **600.-**
 Wirtsz., klink. Nußbaum **395.-**

wenig gebrauchte Möbel:

Schlafzimmer, komplett **280.-**
 Flurgarnitur, 130 cm br. Eiche **50.-**
 Wäscheschrank **35.-**
 Aelteres Nußbaum-Süßel. **80.-**

● Nach auswärts franco Lieferung ●
 Auf Wunsch Zahlungszielverlängerung
 Besichtigung erbeten bei: **6541**

Erich Rudolph, Karlsruhe
 Steinstraße 23 Telefon 1216

Arbeiter! Werbt für eure Zeitung!

